

# Földarbeiter-Zeitung

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mf. 1,50 pro Vierteljahr. Zu begleichen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder preisgünstlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Auslieferung: Berlin, S. 3, Moers-Großhansdorff.

**Inserate für die viergespaltene Petzhölle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.**

# Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

1

Die Gewerkschaften haben den Zweck, den Berufsangehörigen günstige Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Im Laufe der Zeit sind die Organisationen ausgebaut worden, das Unterstützungs Wesen spielt in den Verbänden eine bedeutende Rolle. Über trog der recht erheblichen Summen, die alljährlich an Arbeitslosen-, Kranken- und sonstigen Unterstützungen ausgegeben werden, und trog des hohen Wertes, der beim Unterstützungsseinsrichtungen an sich innerwohnt, haben diese für den eigentlichen Gewerkschaftszweck doch nur eine untergeordnete Bedeutung. Es sind nur Hilfsmittel, welche die Durchführung der tatsächlichen Aufgaben der Gewerkschaften erleichtern. Als solche haben sie sich allerdings glänzend bewährt.

Sind die Gewerkschaften bemüht, die Arbeitsbedingungen nach jeder Richtung zu verbessern, so legen sie doch den Hauptwert auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Und das mit Recht. Eine kurze Arbeitszeit ist die Voraussetzung für jede Besserung in der Lage der Arbeiter. Alle Erfolge, die erzielt werden, sind Scheinerfolge, sie können auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden, wenn nicht die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt ist, welches dem Arbeiter gestattet, auch noch als Mensch zu leben, sich als Familienvater und Bürger zu betätigen und sich in ausreichendem Maße von den täglichen Strapazen zu erholen. Welchen Wert die denkenden Arbeiter der Arbeitszeitverkürzung beimessen, beweist die Einsetzung des 1. Mai als internationalen Arbeitfeiertag. Die Maifeier ist in erster Linie gedacht als eine Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die gesetzliche Einführung des Achtfuntages ist ein Ziel, welches die Arbeiter aller Kulturländer gemeinsam verfolgen und das zum Symbol für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen ersehen wurde.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, der heute von den Gewerkschaften systematisch betrieben wird, ist keine neue Erscheinung. Schon im Mittelalter waren die Gesellenverbände bemüht, die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden zu verringern. Ihr Ziel war aber nicht sowohl die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, als die Eingrenzung des „blauen Montags“, und vielfach haben sie es auch erreicht, daß der Montag als ganzer oder halber Feiertag anerkannt wurde. Dass auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit damals weniger Wert gelegt wurde, war in den allgemeinen Verhältnissen begründet. Das öffentliche Leben spielte sich in ganz anderen Formen ab, so daß das Bedürfnis für einen frühzeitigen Arbeitsschluss nicht vorhanden war. Die tägliche Arbeitszeit war erheblich länger als heute, aber dem mittelalterlichen Arbeiter kamen als Ausgleich neben dem blauen Montag auch die große Zahl der kirchlichen Feiertage zugute, die durch Arbeitsruhe begangen wurden. Tagsüber wurde die Arbeitszeit durch längere Pausen unterbrochen und vor allen Dingen wurde viel gemächlicher gearbeitet, als das heute der Fall ist.

Die Einführung der Maschine in den Produktionsprozess machte der alten, gemüßlichen Arbeitsweise ein schnelles Ende. Der aufstrebende Kapitalismus räumte damit, wie mit vielen anderen Dingen, sehr gründlich auf. Für den Kapitalisten, der eine Fabrik einrichtete, gab es und gibt es ja auch heute noch kein anderes Ziel als Geld verdienen. Auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Arbeiter wurde keine Rücksicht genommen. Das in den Maschinen investierte Kapital mußte so schnell wie möglich herausgewirtschaftet werden. Zu dem Zweck wurde die Arbeitszeit ins ungemessene ausgedehnt. Hatten Phantasten davon geträumt, daß die Maschine der Menschheit zum Segen gereichen würde, insofern als sie die anstrengende und unangenehme Arbeit übernehmen und so das Los der Arbeiter erleichtern würde, so zerstörte der jugendfrische Kapitalismus diesen Traum recht gründlich. Die Maschine wurde geradezu zum Fluch für die Arbeiterschaft. Nicht nur daß sie den erwachsenen Arbeiter in härterer Fron ausmergelte, sie gestattete auch die Verwendung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft, die der Arbeit des Mannes eine empfindliche Konkurrenz bereitete. Nur die Schäden blieben nicht auf die direkt in den Fabriken Beschäftigten beschränkt. Sie machten sich im Handwerk und in der Handindustrie und hier vielleicht in noch stärkerem Maße fühlbar.

aufzunehmen zu können, musgte die Arbeitszeit verlängert und die Intensität der Arbeit gesteigert werden. Hand in Hand damit ging, aus den gleichen Ursachen, eine Verminderung der Höhe.

Diese Folgen des Fabrikssystems machten sich zuerst und am stärksten in England und vornehmlich in der Textilindustrie bemerkbar, wo sich dieses System mit allen seinen schlimmen Begleiterscheinungen zuerst Eingang verschaffte. Hier machte sich aber auch zuerst die Reaktion dagegen geltend. Bezeichnetenweise waren es aber nicht Arbeiter, die den Kampf gegen die unmenschlich lange Arbeitszeit aufnahmen, sondern ein Fabrikant, Robert Owen, der im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts eine Agitation für den Arbeiterschutz aufnahm, die ihn weltberühmt gemacht hat. Die Arbeiter waren durch den mit ihrer Arbeitskraft betriebenen Mausbau so erschafft und entwertet, daß ihnen die Fähigkeit fehlte, tatkräftig für die Verbesserung ihres Loses einzutreten. Robert Owen beschränkte sich nicht darauf, für die Verkürzung der Arbeitszeit theoretisch Maßnahmen zu erarbeiten, sondern gründete eine eigene Kolonie, New Harmony, in Indiana, um seine Theorie in die Praxis umzusetzen.

auf, für die Verkürzung der Arbeitszeit theoretisch Propaganda zu machen, er ging seinen Klassengenossen mit gutes Beispiel voran, indem er in seinen eigenen Fabriken die tägliche Arbeitszeit zunächst auf 11 und dann auf 10 Stunden herabsetzte. Es zeigte sich bald, daß trotz der Verkürzung der Arbeitszeit keine Verbesserung der Arbeitsleistung eintrat, daß also die Einwendungen, welche das Unternehmertum im allgemeinen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ins Feld führt, nicht stichhaltig sind. Aber trotzdem faßt das Beispiel Owens bei den übrigen Fabrikanten keine Nachahmung, er wurde im Gegenteil aufs heftigste von ihnen angefeindet. Das bewog ihn erst recht zu einer regen Propaganda seiner Ideen, die schließlich nicht erfolglos war. Nachdem schon im Jahre 1802 die ersten Ansätze für eine Fabrikgesetzgebung in England gemacht worden waren, wurde durch das Gesetz vom Jahre 1833 die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren verboten und für solche von 9 bis 18 Jahren die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden beschränkt. Zugleich wurden Fabrikinspektoren eingesetzt, um die Durchführung der Gesetze zu überwachen. Im Jahre 1847 wurde die tägliche Arbeitszeit der weiblichen und jugendlichen Arbeiter auf 10 Stunden beschränkt. Alle diese Schutzgesetze waren zunächst nur für die Textilindustrie erlassen, aber später

auf die gesamte Industrie ausgedehnt. Wichtig ist an ihnen insbesondere die Anerkennung der Pflicht des Staates, die Arbeiter vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen. Es hat nämlich schwerer Kämpfe bedürft, um diesen Grundsatz zur Anerkennung zu bringen.

In Deutschland hat es viel länger gedauert, bis sich die Gesetzgebung entschloß, eine Beschränkung der Arbeitszeit vorzunehmen. Erst im Jahre 1891 wurde die Arbeitszeit der erwachsenen Fabrikarbeiterinnen auf 11 Stunden beschränkt und der Zehnstundentag ist für sie erst am 1. Januar 1910 in Kraft getreten. Eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter besteht in Deutschland auch heute noch nicht, nur für einige Berufsangehörige hat der Bundesrat auf Grund des § 120c

Wertvollste hat der Landesrat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung mit Rücksicht auf die besonders gesundheitsschädlichen Verhältnisse eine Maximalarbeitszeit festgesetzt, die z. B. in Bäckereien und Konditoreien 12 Stunden beträgt. Die Gesetzgebung hat bei uns wenig Neigung, zugunsten eines energischen Arbeiterschutzes einzutreten. Das ist ein Gebiet, auf welchem sich die Arbeiter selbst helfen müssen. Tatsächlich ist ja auch, dank der intensiven Tätigkeit der Gewerkschaften, im Laufe der Jahre eine ganz bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Noch sind aber bei weitem nicht alle berechtigten Ansprüche erfüllt und der Kampf muß mit unvermindelter Kraft fortgeführt werden.

Es gibt allerdings auch heute noch Arbeiter, die infolge der langen Arbeitszeit und der dadurch bedingten mangelhaften Entwicklung ihrer Denkfähigkeit nicht verstehen können, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit die erste Voraussetzung für eine Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage ist. Diese Kleinmütigen, die täglich 12, 13, 14 und noch mehr Stunden frönen und dabei kaum genug verdienen, um auch nur den Hunger zu stillen, erschrecken, sobald von einer Verkürzung der Arbeitszeit die Rede ist. Escheint ihnen doch eine Verkürzung der Arbeitszeit gleichbedeutend mit einer Schmälerung ihres ohnehin knappen Einkommens. Dabei ist die Beobachtung, die vor etwa 100 Jahren Robert Owen gemacht hat, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht auch eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge haben muß, in Tausenden von Fällen als richtig erwiesen worden, und unzählig sind die Beispiele, die darum, daß in gleichem Maße, wie die Arbeitszeit verkürzt wird, eine

**Aus der Holzindustrie in Sachsen.**  
Im Königreich Sachsen unterstanden im Jahre 1909  
der Industrie der Holz- und Schnitstoffe 2770 Betriebe  
42 085 Arbeitern der Gewerbeaufsicht. Außer der  
offiziellen Holzindustrie und der Bürsten- und Pinsel-  
erei sind hierbei 9 Betriebe des Lackierergewerbes mit  
Arbeitern mitgezählt, die jedoch, als nicht in das Inter-  
gebiet des Holzarbeiterverbandes gehörig, außer Be-  
tracht bleiben können. Verglichen mit dem Vorjahr, weist  
die eigentliche Holzindustrie eine Vermehrung auf; die Zahl  
der Betriebe erhöhte sich von 2628 auf 2718 und die Zahl  
der beschäftigten Arbeiter von 89 095 auf 40 021. Die Zahl  
der jungen Leute hat einen kleinen Rückgang erfahren, da-  
her verteilt sich die Zunahme ziemlich gleichmäßig auf  
erwachsene Männer (488) und erwachsene Arbeiterinnen  
(11). Bei der verhältnismäßig geringen Zahl der beschäf-  
tigten Arbeiterinnen über 18 Jahre (im Jahre 1909 waren  
888 gegen 82 764 erwachsene Männer) bedeuten diese  
Zahlen, daß die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft  
in der Holzindustrie eine immer größere Bedeutung  
hat. Ein Umstand, der uns nötigt, auf die Gewinn-  
ung der Arbeiterinnen für unsere Organisa-  
tion immer mehr Wert zu legen.

Im Gegensatz zur eigentlichen Holzindustrie weist die stein- und pinselmacher einen erheblichen Gang auf. Die Zahl der Betriebe ist von 52 auf 48, die Arbeiter von 2127 auf 1990 zurückgegangen. Hier trifft Rückgang ausschließlich die erwachsenen männlichen Arbeiter, deren Zahl sich von 1374 auf 1240 verminderte, während die der erwachsenen Arbeitinnen (480 gegen 488 Vorjahr) gleich geblieben ist. Also auch hier das gleiche Resultat, die Verdrängung der männlichen Arbeitsträger durch die weibliche.

Die Vorliebe der Unternehmer für die weibliche Arbeits-  
kraft ist wohl ausschließlich auf deren Billigkeit zurückzu-  
führen. Die Rücksicht auf den Profit ist es auch, die manche  
Unternehmer dazu führt, selbst Kinder in gefährlicher  
Weise, zum Teil sogar an gefährlichen Maschinen zu  
beschäftigen. So fand die Beamtin für die Kreishaupt-  
mannschaft Bauken, daß in mehreren Werkstätten für die  
Herstellung von Knöpfen Kinder unter neun Jahren be-  
arbeitigt wurden. Im Aufsichtsbereich Lunenberg wurde ein  
gewöhnlicher Arbeiter an der Kreissäge, im Aufsichtsbereich  
einer anderen Gemeinde zwei schulpflichtige Knaben an Hobelmaschinen au-  
gefunden. Die Beamtin für die Kreishauptmannschaft  
Lau tadelte es mit Recht, daß besonders in den Werk-  
stätten der Musikinstrumentenindustrie Knaben an mit dem  
betriebenen Kreissägen beschäftigt werden. Es besteht  
Gefahr, daß die Kinder sich an den meist mit Schwung  
um versetzten Maschinen erhebliche Verlebungen zu-  
rufen. Und tatsächlich sind derartige Verlebungen auch  
vorgekommen. Von einem schweren Unfall, von  
dem ein Schulkind betroffen wurde, wird aus dem  
Kreis Chomitz II berichtet. Dort ist ein 13jähriger Knabe,  
der während der Schulferien in der Tischlerwerkstatt,  
in welcher er später lernen sollte, half, mit der rechten Hand  
die Messerwelle der Hobelmaschine geraten, wobei er  
sich eine schwere Handverletzung zuzog.

licher Fünger der Hand einbügte. Dieser bedauerliche Unfall hätte so schwere Folgen nicht können, wenn die runde Messerwelle allgemein eingeführt wäre. Aus dem Auffichtsbezirk Bautzen zwar berichtet, daß ihre Einführung weitere Fortschritte macht, und auch der Beamte des Bezirks Bittau teilt das, daß er ihre Einführung empfohlen habe. Es wäre nun doch an der Zeit, allgemein mit der zwangswise Einführung dieser Schuhvorrichtung vorzugehen. Zu derstellung solcher Vorgänge paßt es nicht recht, wenn, wie aus dem Bezirk Bautzen berichtet wird, daß die Arbeitern im allgemeinen den Anordnungen zur Verhütung der Gefahr willig Folge leisteten, während im Gegensatz vielen Arbeitern der Vorwurf gemacht wird, daß sie Neigung gegen die Benutzung der Schuhvorrichtungen haben. Ähnliche Beobachtungen wollen auch andere Begegnacht haben, so z. B. die in Annaberg und Freiberg. Tatsache an sich, daß es noch viele Arbeiter gibt, die Schuhvorrichtungen nicht die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringen, ist ja nicht zu bestreiten. Wenn aber die Schuld dieser straflichen Gleichgültigkeit ausschließlich den Arbeitern zugeschrieben wird, während man gleichzeitig das Fehlverhalten der Unternehmer röhmt, so scheint hier ein Beobachtungsfehler vorzuliegen. Sehr interessante Neuerscheinungen dieses Themas finden sich in dem letzten Bericht der sächsischen Auffichtsbeamten, die auch den Beamten in anderen Bundesstaaten, denen die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen Schuhmaßnahmen aufgesessen ist, zur Kenntnis gebracht werden können.

Von den insgesamt 1388 Unfalluntersuchungen, an welchen die Gewerbeaufsichtskontrolle beteiligt waren, kommen 212 auf die Industrie der Holz- und Schnitzholzwerke. Unter den Unfällen waren auch einige tödlich. Im Aufsichtsbezirk Annaberg hatte sich in einem Sägewerk ein Arbeiter in den Wallerrahmen gebeugt, um Holzsplitter zu entfernen, er wurde von dem unvermeidlich niedergehenden Waller getötet. Bei einem anderen tödlichen Unfall in denselben Bezirk, wo ein Arbeiter in einer Kistenfabrik von einem Mennig erfasst wurde, wird Selbstmord vermutet. Im Bezirk Zwickau starb ein Arbeiter an Blutvergiftung, nachdem er sich beim Aufschichten von Holz eine geringfügige Verletzung zugezogen hatte.

Von den verschiedenen Fällen von Milzbrand, die konfisziert wurden, kommen auch einige auf Bürstenfabriken. Ein Fall im Aufsichtsbezirk Chemnitz, der übrigens nicht tödlich verlief, betraf einen Arbeiter, der mit dem Desinfizierer von Borsten beschäftigt war. Bei der Gründung, die gemeinsam mit dem Bezirksarzt erfolgte, ergab sich, daß der angeblich mit empfindlicher Haut behaftete Arbeiter durch eine kleine Halswunde infiziert worden ist. Es wurde angeordnet, nur kräftige, hautgesunde Arbeiter zu Desinfektionsarbeiten heranzuziehen und die bestehenden Schutzvorschriften genau zu befolgen. Aus dem Bezirk Auerbach kommen Klagen über die Nichtbeachtung der Milzbrandverordnung. In zwei Fällen wurde nichtdesinfiziertes Material in einem Raum mit fertigen Waren gelagert. Wer auch den Arbeitern wird mangelndes Verständnis für die Schutzbestimmungen zum Vorwurf gemacht. So trugen die mit der Desinfektion der Borsten betrauten Arbeiter einer Bürstenfabrik die Schutzhüte nur so lange, als sie neu waren, überall, selbst auf der Straße, warfen sie aber dann weg. Im Bezirk Zwickau machten sich 13 Erinnerungen in Bürsten- und Pinselmachereien nötig, welche die Einhaltung der Milzbrandverordnung zum Gegenstand hatten. Im Bezirk Auerbach hat ein Bürstenfabrikant seinen Arbeitern die kostenfreie Benutzung einer öffentlichen Badeanstalt vermittelt, aber nicht ein Arbeiter soll hier von Gebrauch gemacht haben. Hier wäre es interessant, die Gründe dieser Erscheinung kennen zu lernen. Dass Abneigung gegen die Reinlichkeit die Ursache gewesen sei, ist wohl kaum anzunehmen.

Von dem Inhalt einer Ministerialverordnung vom 16. November 1908, welche sich auf die Betriebe bezieht, in denen Belluloid verarbeitet wird, ist in weiteren Kreisen noch nichts bekannt geworden. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wird sie an mehreren Stellen erwähnt. So wird aus dem Bezirk Bautzen berichtet, daß auf Grund dieser Verordnung in einer Knopffabrik die Umgestaltung der Arbeitsstätten, in denen Belluloid zur Verarbeitung gelangte, angeordnet und insbesondere die Beschaffung einer Dampfheizungsanlage gefordert wurde. Auch im Bezirk Chemnitz II wurde in einer Knopffabrik, die Belluloid verarbeitet, zur größeren Sicherheit gegen Feuergefahr auf Verlangen der Inspektion eine Dampfheizung hergestellt. Die Beamte für die Kreishauptmannschaft Dresden bemerkt, daß die heimindustrielle Verarbeitung von Belluloidwaren Bedenken erregt wegen der damit verbundenen Feuergefahr und der bei der Verbrennung auch geringer Mengen von Belluloid sich entzündenden giftigen Gase. Es scheint demnach, daß auch die sächsische Belluloidverordnung vor der Heimarbeit halt macht.

Als Berufskrankheit ist die Poliomyelitis zu nennen, die bei zwei Tischlern im Aufsichtsbezirk Dresden I festge-

stellt wurde. Zu ihrer Verhütung wurde von einer Ortsräteklasse vorgeschlagen, die Unternehmer zu veranlassen, den Polierern kostenlos Gummihandschuhe zu liefern. Die Leute weigerten sich aber, mit derartigen Handschuhen zu arbeiten, weil sie hierbei das für ihre Arbeit nötige seine Gefühl verlieren. Es wurde daher darauf gedrungen, daß den Polierern und Polierinnen von den Unternehmern genügend warmes Wasser sowie Seife und Handtücher zur geistlichen Reinigung der Hände zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluß sei noch ein bemerkenswertes Gewerbeberichtsurteil erwähnt, welches der Beamte für den Aufsichtsbezirk Dresden II mitteilt. In einer Möbelfabrik ist die Ablösung durch die Arbeitsordnung ausgeschlossen; diese enthält aber die Bestimmung, daß Akkordarbeiten fertiggestellt werden müssen. Bei einem Streit legten jedoch außer den Lohnarbeitern auch die Akkordarbeiter die Arbeit nieder, ohne ihre Arbeit fertiggestellt zu haben. Vor dem Gewerbebericht machten sie gestand, daß die Bestimmung der Arbeitsordnung nichtig sei, da sie im Gegensatz zu § 122 der Gewerbeordnung lediglich zum Schutze des Arbeitgebers getroffen sei. Sie wurden aber trotzdem verurteilt, der Firmie je das Gehalt des ortsüblichen Tagelohnes als Entschädigung zu zahlen, da nach Ansicht des Gerichts nicht nur vom Arbeitgeber, sondern auch vom Arbeiter zu verlangen ist, daß die angefangene Akkordarbeit fertiggestellt werde. — Die Bestimmung, daß angefangene Akkordarbeiten fertiggestellt werden müssen, findet sich ebenfalls häufig in Arbeitsordnungen. Das besagt also, daß nicht nur der Arbeiter verpflichtet ist, den übernommenen Akkord fertigzustellen, sondern, daß auch der Unternehmer einen Arbeiter nicht vor Beendigung der Akkordarbeit entlassen darf, vorausgesetzt, daß nicht einer der im § 123 der Gewerbeordnung vorgesehenen Fälle vorliegt. Wie ja auch anderseits Arbeiter aus den im § 124 genannten Gründen die Arbeit sofort verlassen dürfen, auch dann, wenn der übernommene Akkord noch nicht beendet ist.

### Versammlungsfreiheit in Preußen.

Die Polizeibehörden in Preußen haben noch niemals im Verdachte der Arbeiterfreiheit gestanden. Ihre Handlungen haben auch nie die Meinung aufzukommen lassen, daß sie gewillt sind, die in der Staatsverfassung garantierte Gleichberechtigung vor dem Gesetz auch gegenüber den Arbeitern geltend zu lassen. Daß den Arbeiterorganisationen bei Ausübung ihrer Tätigkeit jede nur erdenkliche Schwierigkeit bereitet wird, ist in Preußen nun einmal „gute“ alte Tradition. Darauf hat auch das Reichsvereinsgesetz wenig geändert. Was in Preußen bereicht, ist eben weniger das Gesetz als der Geist des Königs und des Landtages.

Von diesem Geiste ist auch die Halle-sche Polizei besessen. Während das Reichsvereinsgesetz die Gewerkschaften allgemein sowie auch die Mitgliederversammlungen politischer Vereine der behördlichen Aufsicht entzogen hat, glaubt die Polizeibehörde in Halle, an diese gesetzlichen Bestimmungen nicht gebunden zu sein. Sie erklärt einfach, die fragliche Mitgliederversammlung ist eine öffentliche Versammlung und damit合法. Am 3. Oktober sollte eine Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes stattfinden, um zu der angedrohten Aussperrung Stellung zu nehmen. Über 3000 Mitglieder waren erschienen und auch zwei Polizeibeamte zur Überwachung. Als diese Eindringlinge hinausgewiesen wurden, verfiel die Versammlung der Auflösung.

### Zur Entstehungsgeschichte des Tischlergewerbes.

w. In der Kunstzeit waren mit peinlicher Genauigkeit die Arbeitsbefugnisse jedes Gewerbes unterschrieben. Schwierigkeiten ergaben sich natürlich überall, wo verwandte Handwerke nebeneinander bestanden; insbesondere waren Streitigkeiten fast unvermeidlich, wenn die zunehmende Arbeitsteilung ein altes Gewerbe in mehrere Spezialgruppen spaltete. So war es mit den Tischlern und Zimmerleuten, die ursprünglich nicht getrennt waren. Wohl mochten die einzelnen Meister sich vorwiegend mit größerer oder feinerer Arbeit beschäftigen, aber die Spaltung nach Gewerbe ging erst verhältnismäßig spät vor sich, wobei die Grenzschiede in der Regel durch die Bestimmung festgelegt wurde, daß den Tischlern das Vorrecht der Gelehrten Arbeit gebühre.

Den jüngeren aufstrebenden Gewerben wurde in der Regel die Entwicklung nicht leicht gemacht. War das ältere Müllergewerbe im Besitz von Zunftmeistern, so hatte es auch hinreichend Rechtmittel, das Aufkommen neuer konkurrenzender Berufe wenn nicht zu verhindern, so doch ungemein zu erschweren. Dem neuen Gewerbe wurden die Zunftprivilegien verweigert, das Arbeitsbereich unbillig beschränkt und ihm überhaupt in jeder Weise die sozial unzureichende Stellung fühlbar gemacht. Hatte jedoch das Müllergewerbe selbst noch keine Zunftrechte erlangt, so konnte die Entwicklung leicht entgegengesetzt verlaufen, und der neue Beruf errang eine wirtschaftlich stärkere Position über den älteren.

In Mühlhausen wurde den Tischlern (Kleinschmieden, d. i. Kleinschmieden) 1564 das Recht, eine Bruderschaft zu bilden, vom Rat zugesprochen. Damit waren sie noch keineswegs den in der Stadt bestehenden 17 Gilde nicht gleichgestellt, nahmen aber sofort mit alter Energie den Kampf um ihre Arbeitsvorteile auf. In erster Linie richtete sich der naturgemäß gegen die Zimmerer, deren Arbeitsschicht auf die grobe Bauarbeit beschränkt blieben sollte, was diese aus begreiflichen Gründen zum offenen Widerstand herausforderte. Über die Tischler besaßen wohl die numerische Übermacht und nahmen jenen einfach die Arbeitsgeräte fort.

Am 19. Juni 1586 richteten 8 Zimmerleute an den Rat der Stadt eine bittere Klageschrift. Die Tischler-Bruder-

Nicht besser erging es einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle am 8. Oktober. Um der Polizei den beliebten Grund zu nehmen, daß zwischen den Mitgliedern eine innere Verbindung nicht besteht, war hier ohne jede öffentliche Bekanntmachung nur von Mund zu Mund eingeladen. Trotzdem waren an 1000 Personen erschienen. Aber auch das half nichts, was künftig die Polizei das Gesetz. Doch nicht genug damit. Als darauf zum 10. Oktober der Sozialdemokratische Verein seine Mitglieder zu 21 Distriktsversammlungen einberief, für die manchmal nur 20 bis 30 untereinander persönlich vereinigte Mitglieder in Frage kamen, auch da blieb sich die Polizei trenn und wollte überwachen.

So ist denn in Halle tatsächlich das Reichsvereinsgesetz für die Arbeiter aufgehoben worden. Freilich nur für die Arbeiter, denn die Bevölkerung begründet ihr Verhalten damit, daß „die Versammlungen solcher Vereine als öffentliche zu betrachten sind, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebiets, das sie umfassen, wie nach der Mitgliederzahl so groß sind, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen“.

Wer die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß die Verbindung der Mitglieder untereinander wohl selten in einem bürgerlichen Verein von Bedeutung unerheblich ist als hier. Diese großen Mitgliederzahlen werden sich freilich bei bürgerlichen Vereinen selten finden. Dabei hat das preußische Oberverwaltungsgericht bereits früher entschieden, daß die mehr oder minder hohe Zahl der Vereinsmitglieder für sich allein kein Grund ist, eine Versammlung als öffentliche zu erklären. Und die „räumliche Ausdehnung“ des Vereins? Diese ist bei den liberalen und konservativen Vereinen ebenso groß, ohne daß diese deshalb beanstandet werden.

Bisher hat sich nur aber die Polizei gehütet, gegen die Veranstalter der „öffentlichen“ politischen Versammlungen ein Strafverfahren wegen Nichtanmeldung einzuleiten, wohl, weil sie die Nachprüfung ihrer Handlungsweise durch den Strafrichter vermeiden möchte.

Nun haben aber auch andere Polizeibehörden ihre vergleichslichen Vorbeeren erreungen. Der Berliner Polizeipräsident erklärte am 10. Januar 1910 die Berliner „Freie Jugendorganisation“ für aufgelöst, weil sie politisch sei. Das Oberverwaltungsgericht ist in seinem Urteil vom 14. Oktober diesem Standpunkt beigetreten. Dengegenüber hatte das Amtsgericht einen wegen einer üblichen Sache angestellten Jugendvereinsführer freigesprochen und die Bestrebungen der Jugendorganisation als gesetzlich gültig und lobenswert anerkannt. In dieser Sache wird allerdings noch die zweite Instanz zu urteilen haben.

Das früher so beliebte Mittel, Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln, wird auch unter dem Reichsvereinsgesetz immer wieder versucht. Zu Beuthen (Ob. Schles.) wurde der Fabrikarbeiterverband als politischer Verein erklärt, weil sein Vorsitzender (Vorstand) sozialdemokratischer Reichstagabgeordneter ist, den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ geschildert wird, die in einem sozialdemokratischen Verlage erscheint, und schließlich, weil im Statute die Matrosen geregelt sei. Noch einfacher macht es sich das Oberlandesgericht in Breslau, daß ein Klient des Schöffengerichts Göttelsberg gegen den Arbeiterverband nachzuprüfen hatte. Das Gericht entschied:

„Dies nachfolgende soll jedem zu machen frei bleiben, Häuser zu zimmern, darin Stuben, Kammer, Wendeltreppen oder anderes zu machen, ebenso Türen, Hafturen, Fenster mit Spannen zu benageln und die Augen mit Leim zusammenzusetzen, Bettstellen, Kisten, Spinden, Nachbänke, Schreine, Stühle, Bänke, Schenkel, Tische, klein und groß, die Augen gleichfalls mit Leim zusammenzusetzen, jedoch diese Stütze alle ohne Paneele, wie auch nichts darauf zu stecken, schneiden, Holz auf Holz zu legen oder sonst zu machen, welches den Kleinschmieden allein vorbehalten. Doch ohne, daß mit allerhand Hobel, welcher Gestalt sie sein mögen, die Arbeit zu bereiten und zu zieren, soll jedermannlich frei sein.“

Hätte der glatte Biedermeier unserer Tage die Menschheit um 300 Jahre eher begnügt, so hätten die Zimmerer mit dem Bescheid wohl zufrieden sein können. Aber die Geschichtsschreibung jener Zeit war anders gerichtet. Mit dem Verbot, weder-panele (Gesimse) noch Schnitzereien anzu bringen, noch Holz auf Holz zu leimen, waren die Zimmerer tatsächlich von aller Möbelarbeit wie auch der besseren Bauarbeit ausgeschaltet und verblieben den bevorzugten Tischlern gegenüber in einer sozial untergeordneten Stellung.

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Abstimmungsverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinenbauern und Hilfsarbeitern nach Auerbach (G. Seidel), Bünde, Wuer i. Westf. (Dörpnhaus), Colmar i. G., Cunnersdorf i. Sa., Delmenhorst (Wagenfabrik Lünjes), Emde, Eisenberg (Eisenschmiede), Finsterwalde (Th. Schüle), Geichen (G. S. Müller), Hameln (Stahlrahmatarenfabrik Brune), Kaiserslautern (Edel), Lassan i. Pom., Lemgo (Gilmeyer), Mülhausen i. G., Paderborn, Mäderberg, Reichenberg i. Böhmen, Saarbrücken, Segeberg, Spannau (Behring u. Co.), Stolp i. Pom., Stuttgart (Montormöbel-fabrik Eberhard Fehrer), Weihenstephan (Genossenschaft), Wiesdruff.

Klavierarbeitern nach Bonn a. Leipzig, Coblenz (Weinische Pianofortefabrik, borm. G. Mandl), Heilbronn, Liegnitz.

Möbelstischlern nach Belpatz (Krause), Neumühlen b. Niel (Anschuß u. Co.), Zürich (Wiederlehrer u. Schneller).

Stuhlbauern nach Pr.-Holland.

Kochmäher nach Meinfelden in der Schweiz.

Drehstichern nach Stolp i. Pom., Neupaka i. Böhmen.

Kochmäher nach Frankenhausen.

Pantinenmachern nach Kellinghusen.

Stellmäher und Wagenbauern nach Delmenhorst.

Siedlerarbeitern nach Berswalde (Pfohl).

"Es sei nicht anzunehmen, daß sich Nichtsozialdemokraten aufnehmen lassen würden. Halte man aber für erwiesen, daß nur Sozialdemokraten Mitglieder dieses Verbandes seien, so müsse dieser unbedenklich als ein politischer angesehen werden." Das ist fürwahr eine sehr einfache Begründung, mit der man jeden Statthalter für politisch erklären kann.

Den gegenüber hat das Oberlandesgericht in Düsseldorf eine öffentliche Versammlung des Bergarbeiterverbandes als nicht anmeldpflichtig erklärt, weil der Zweck derselben ein rein wirtschaftlicher sei. Achselich entschieden die Landgerichte Stendal und Stettin gegenüber dem Landarbeiterverbande.

Bei den Versammlungen unter freiem Himmel hat das Reichsvereinsgesetz den Behörden an sich schon viel Spielraum für ihre Entscheidungen gelassen. Was da alles zum Verbot herhalten muß, ist ohne Grenzen. Einmal, weil der Platz an der Straße liegt, ein andermal, weil er nicht an der Straße liegt; einmal, weil er nicht eingezäunt ist, ein andermal, weil "die Besucher den Bau beschädigen könnten". Der Landrat des Kreises Falkenberg (Ob.-Schl.) begründete die Verzagung der Genehmigung damit, daß solche Versammlungen in der Gegend nicht Sitze seien und deshalb die Bevölkerung sich zu Ausschreitungen gegen die Veranstalter hinreissen lassen könnte. Das Kurioseste hat aber wohl der Amtsrichter in Seifersdorf (auch in Schlesien) fertig gebracht, dessen menschliches Empfinden mit seinen Untergebenen ihn zur Verzagung der Genehmigung einer solchen Versammlung zum 18. September veranlaßte, weil "der Gendarmeriemachtmesser Hochzeit hat".

Wo das Vereinsgesetz nicht ausreicht, müssen alte veraltete Verordnungen herhalten. Dem Dirigenten eines Arbeitergesangvereins in Baborze (Schlesien) wurde dieerteilung des Gesangsunterrichtes an jugendliche Personen im Gesangverein verboten und er dieserhalb in Strafe genommen, weil er keine Unterrichtserlaubnis besaß. Ebenso erging es dem Bensener Graef, der im jüngsten Winterhalbjahr für den Jugendausschuss Lichtenberg-Friedrichsfelde (bei Berlin) öffentliche Vorträge über "Maturistenuntius" halten sollte. Ihm wurde auf Grund von Verordnungen von 1884 und 1889 diese "Unterrichtserteilung" untersagt und jede Unterrichtsstunde auf 100 Pf. Strafe taxiert. Als er trocken begann, wurden er und die ihm nachfolgenden Nedner vom Podium weg verhaftet.

Und dieses Vorgehen, nachdem das Reichsgericht in einem ähnlich gelegenen Falle bezüglich des Turnunterrichts bei Arbeiterturnvereine entschieden hat, daß die angezogene Kabinettsorder von 1884 sich nur auf "schulpflichtige" Personen erstrecken kann!

Das ist nur eine kleine Blütenseite aus jüngster Zeit, die man beliebig erweitern könnte. Haben sich doch die Behörden sogar schon erdreistet, Gewerkschaften wegen Plauschnahme Jugendlicher zu bestrafen oder, wie bei der vorjährigen Agitationstour in Magdeburg, unsere öffentlichen Versammlungen zu überwachen. Und wie oft lehren noch die Klagen über Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel, behördliche Saalabtrieberei, Verhängung des Militärbohrkots gegen Wirte, die ihre Lokale hergeben, und dergleichen Beschwerden mehr, wieder. In vielen Orten Oberschlesiens sind unsere Kollegen heute noch gezwungen, für ihre Zusammenkünfte Privaträume zu mieten. Wir sehen also, daß das Reichsvereinsgesetz verhindert keineswegs die Schikanierung der Arbeiterorganisationen.

Und das alles geschieht, trotzdem die Regierungsvertreter seinerzeit im Reichstage die lokale Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen zugesagt haben. Die Anordnung der preußischen Regierung an die Polizeibehörden vom 13. Mai 1908 besagt sogar u. a.: "Das Reichsvereinsgesetz bedient — vor allem auch die Befreiung des Vereins- und Versammlungsrechts von allen unbedingten Beschränkungen. In diesem Sinne muß das Gesetz auch ausgeführt werden. Es darf deshalb, auch soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen und Versammlungen Raum läßt, ein solches doch niemals in kleinlicher und unbedingt rügiger Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist und nur in dem zur Erreichung dieses Zwecks gebotenen Umfang."

Die Liberalen haben die Schaffung des Reichsvereinsgesetzes als den Anbeginn einer Era freien Versammlungswesens gepriesen. Diese "Frucht konservativ-liberaler Partitur" läßt aber schon im Wortlaut nur zu sehr überwiegenden Einfluß des konservativen Vaters erkennen. Neben dem Wortlaut kommt es aber bei uns — und das ist kennzeichnend — auf die Handhabung eines Gesetzes an und diese richtet sich wiederum nach dem Geiste, der in den einzelnen Staatsbehörden lebt, und der ist eben im Lande des freien Schuhmannsäbels ein anderer als in Staaten mit freiem Wahlrecht.

Der Arbeiter braucht zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen Versammlungsfreiheit. Deshalb müssen auch diese Vorgänge ihn ansprechen, durch Stärkung der politischen Organisationen sich diese Rechte zu erkämpfen.

## Soziales.

### Scharfmacherplatte.

In geradezu auffälliger Weise machen sich in letzter Zeit die Fälle, die in der bürgerlichen Presse als "Streitkasse" registriert werden. Den Anfang machten die Tumulte in dem Berliner Stadtteil Moabit, dann folgten Wiederholungen in kleinerem Maßstabe in Köln und Memel; in Bremen nahmen die Vorgänge einen größeren Umfang an, und nun werden wieder die Spalten der Presse mit offiziösen Nachrichten gefüllt, die den Anschein erwecken sollen, als sei es wieder in Berlin, diesmal im Stadtteil am Wedding, zu Streitkämmen gekommen.

Um was handelt es sich bei diesem neuesten Fall? Der Schlächtermeister Morgenstern hat einem Arbeiter, der infolge Unwohlseins zu der, übrigens geschilderten, Sonntagsarbeit nicht erschienen war, einen unberechtigten Lohnabzug gemacht. Weil der Arbeiter sich das nicht gutwillig gefallen lassen wollte, wurde er entlassen und mit ihm ein anderer, der für ihn eingetreten war. Daraufhin legten auch die anderen Schlächter die Arbeit nieder. Diese Vorgänge wurden in dem Arbeiterviertel schnell bekannt und führten dazu, daß der sonst sehr stark frequentierte Laden von Morgenstern gemieden wurde. Ein formeller Vorhaltbeschluß liegt übrigens nicht vor, denn die hierfür maßgebenden Instanzen haben sich mit dem Gegenstand überhaupt nicht beschäftigt.

Nun soll es nach den offiziösen Berichten in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober zu ganz furchterlichen Szenen gekommen sein. Die Menschenansammlungen hätten einen großen Umfang angenommen. Die Straßen seien polizeilich abgesperrt worden. Später seien die Polizisten mit Steinen angegriffen worden; ein großes Polizeiaufgebot habe die Menge mit der blauen Waffe zurückgetrieben, es ist auch geschossen worden. Schaufensterscheiben seien zertrümmert, Gaslaternen ausgedreht worden. Aus einer Wirtschaft heraus wurden sämtliche Gäste, 86 Personen, auf die Polizeiwache gebracht, wo man zwei zurückbehalten habe, weil man Steinwerfer in ihnen erkannt hätte. Die Hauptfache bei der gruseligen Geschichte dürften wohl die Schlüsse sein: "Dass man es bei diesen Ausschreitungen auch wieder vielfach mit organisierten Arbeitern zu tun gehabt haben dürfte, geht wohl daraus hervor, daß mehrfach die Arbeitermarschallaise und andere Arbeiterlieder gesungen wurden."

Diese Sage verraten gar zu deutlich den Zweck der Mache. In Wirklichkeit sind nämlich ziemlich harmlose Vorgänge ganz ungebührlich aufgebaut worden. Das "Berliner Tageblatt", das kürzlich bei den Moabitern Karawallen tödlich ins Polizeihorn gestoßen hatte, schreibt über den "Aufruhr" am Wedding:

"Allerdings herrschte in den letzten Tagen in der Scherterstraße und in der benachbarten Adolfstraße eine gewisse Erregung, die auf den Streit der Schlächtergesellen der Firma Morgenstern zurückzuführen ist. Aber von 'schweren Straftumulen', von 'Gewaltakten', von 'schweren Ausschreitungen', die in ihrem ganzen 'Urrangement' (!) an die Moabitische Vorfälle erinnerten, und gar 'einen weit ernsteren Charakter' getragen haben sollen, kann nach den Aussagen von glaubwürdigen Augenzeugen keine Rede sein. Bewohner der genannten Straßen und mehrere Polizeimachtmeister und Schuhleute, die bei dem angeblichen 'Aufruhr' in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zugegen waren, haben übereinstimmend versichert, daß Alles reit in unzählbares Feuer vor der Moabit, die besonders in den Nächten zum Sonnabend ihr Wesen zu treiben pflegen, zu einer staatsgefährlichen Revolte aufgebaut worden sind."

In ähnlicher Weise äußern sich auch andere unab-hängige Presseorgane. Richtig ist allerdings, daß die Polizei

nach dem Moabit-Muster vorgegangen ist, und daß sie be-nicht war, einen großen Aufruhr herzorzufeuern. Der Plan ist aber diesmal nicht vollständig gelungen. Nach einer allerdings demontierten Nachricht, die Blätter brachten, welche gute Beziehungen zur Polizei unterhielten, soll vom Polizeipräsidium eine neue Anweisung ergangen sein, nach welcher im gegebenen Fall die Polizisten mittels Karabiner-Sabot und Schnellfeuer auf die Menge abgeben sollen. Ob nun die Nachricht in der verbreiteten Form richtig ist oder nicht, soviel steht fest, man sieht sich in den Regierungskreisen nach einem Gemeinde, und es gibt in Deutschland einflussreiche Kreise, die ein unter der Arbeiterschaft angerichtetes Blutbad mit Freuden begrüßen würden.

Alle diese Fälle blutiger Polizeiausschreitungen ähneln sich in gewisser Beziehung. Ein mehr oder weniger großer Streit gibt der Polizei den Vorwand, eine Masse von Polizisten zum Schutz der Streitbrecher aufzubieten. Dieses Polizeiaufgebot lockt Neugierige herbei. Die überall vertretenen radaulustigen Elemente — es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Geschäft auch von Spitzeln besorgt wird — machen Stadtau, und nun haben die Beamten den erwünschten Anlaß, die Straßen zu "räubern", d. h. Säbel und Schußwaffen in rücksichtsloser Weise gegen die Massen in Anwendung zu bringen. Die Menge gerät durch das losenmäßige Vorgehen in eine begreifliche Entrüstung. Sie fleht, sammelt sich wieder; sie gibt ihrer Stimmung gegen die 'Hüter der Ordnung' in drastischen Burzen Ausdruck. Die Ungriffe der Polizisten wiederholen sich, und der "Aufruhr" ist da.

Nun bemüht man sich, die Vorgänge auszuschlagen. In den von der Polizei inspirierten Nachrichten wird der Ton angegeben. Die angegriffenen Massen sind geflohen und haben sich wieder gesammelt — ein Zeichen, daß sie nach einem einheitlichen Plan vorgehen. Unter den anlässlich der Moabit-Vorgänge dem Staatsanwalt vorgeführten 77 Personen befinden sich nach polizeilicher Mitteilung 40 Gewerkschaftsmitglieder, und davon gehören 20 dem sozialdemokratischen Wahlverein an — kein Zweifel, nun haben wir die Missstäter, die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben den Aufruhr in Moabit angezettelt und planmäßig geleitet. Es besteht ein ganzes Komplott, nach dem hier und da gleiche Anschläge gegen die Staatsicherheit verübt werden. Den Beweis liefern ja die Unruhen an den anderen Orten. Das sind aber nur Vorpostengefechte; die organisierten Arbeiter sind fähig, eines schönen Tages unser ganzes herrliches Staatsgebäude über den Haufen zu werfen. Wer weise ist, beugt vor, also schafft Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und geht den Gewerkschaften durch eine Verschärfung des Koalitionsrechts zu Leibe.

Diese Gedankengänge sind ja absurd, und man sollte nicht meinen, daß vernünftige Menschen ihnen Gehör schenken. Aber trotzdem werden sie in der Presse der Scharfmacher eifrig porträtiert, und sie finden bei den Regierungsorganen einen freudigen Widerhall. Das erklärt sich aus der allgemeinen politischen Situation. Die Regierung und die Reichstagsmehrheit, auf welche sie sich stützt, sind konkrott. Weite Volkskreise sind von einer tiefen Unzufriedenheit erfüllt, die nicht nur bei den in den letzten Monaten vorgenommenen Reichstagswahlen, sondern auch bei allen anderen Wahlen und sonstigen Gelegenheiten zum Ausdruck kommt. Und der Termin zu den Neuwahlen für den Reichstag rückt immer näher. So wie die Dinge jetzt stehen, müssen die Wahlen der Regierung eine vernichtende Niederlage, der Sozialdemokratie aber einen glänzenden Triumph bringen. Den sucht man vorzubereiten. Die allgemeine Unzufriedenheit soll auf ein anderes Ziel gelenkt, die organisierte Arbeiterschaft soll in Widerstand gebracht werden. Die Reaktionäre, die schon lange danach trachten, in Arbeiterblut zu baden, drängen auf die Stillung ihres Gehnens. Wenn man sieht, daß die "Ordnungshüter" überall nach dem gleichen System vorgehen, dann möchte man fast vermuten, sie folgen einer von einer Zentralstelle ausgegebenen Anweisung. Es scheint, als wolle man die Arbeiterschaft provozieren, daß sie sich zu unüberlegten Streichen hinreißen läßt und Anlaß zu dem ersehnten Gemetzel gibt, welches die Einleitung zur Vernichtung unserer Organisationen wäre.

Die schlauen Füchse werden sich täuschen, wir werden nicht in ihre Nähe gehen. Jetzt erst recht nicht; diese Freude wollen wir unseren Feinden nicht machen. Nach wie vor werden wir fortfahren, unsere Rechte zu wahren und für eine Verbesserung unserer Lebenslage zu kämpfen, aber wir werden noch mehr wie seither darauf bedacht sein, uns im Rahmen der Gesetze zu halten. Mögen die Scharfmacher über unsere Ruhe vor Wut schäumen, wir lassen uns nicht provozieren!

Auf der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die am 27. und 28. Oktober in Breslau stattfand, hielten Dr. Neßler-Berlin und Regierungsrat Dominicus-Strasburg Referate über die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hierbei wurde auch über die öffentlichen Arbeitsnachweise gesprochen, in deren Sabotagen vielfach die Streitkämmen enthalten ist, d. h. die Vorschrift, daß dem Arbeitssuchenden Mitteilung zu machen ist, wenn in dem Betrieb, der offene Stellen gemeldet hat, Differenzen bestehen. Um nun den Wünschen der Unternehmer gerecht zu werden, die mit der Streitkämmen nicht einverstanden sind, schlugen die Delegierten vor, die "Parität" in der Weise herzustellen, daß nicht nur den Arbeitern die bestreikten Firmen genannt, sondern den Unternehmern auch die Namen der Streiken mitgeteilt werden.

Gegen diese Art "Parität" wurde von den anwesenden Arbeitervertretern mit Recht sofort energisch Einspruch er-

hoben. Es wurde ausgeschlossen, daß sie nur dann berechtigt wäre, wenn der einzelne Arbeiter genau so stark wäre wie der Arbeitgeber. Bis jetzt ist das Verlangen nach Herstellung der Parität bei den öffentlichen Nachweisen auf solcher Grundlage in der Praxis noch nicht erhoben worden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das auf Grund der erwähnten Referate nun nachgeholt wird. Sollte das geschehen, dann würde es bedeuten, daß sich die Stellung der Gewerkschaften gegenüber den paritätisch verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweisen von Grund aus ändert. Arbeitsnachweise, die den Unternehmern die Wahlregelung möglichst leichter erleichtern, indem sie die Führung der schwächeren Listen überlassen und dem Arbeiter statt des Nachweises einer Arbeitsstelle einen Urtaschein geben, müssen natürlich von den Arbeitern auf das entschleunste bekämpft werden. Hoffentlich wird das rechtzeitig berücksichtigt und der Versuch unterlassen, die öffentlichen Arbeitsnachweise nach dieser Richtung zu reformieren.

Um übrigens verdient aber herborghoben zu werden, daß sowohl die Referenten als auch die Mehrzahl der Medien sich prinzipiell auf den Boden des paritätischen Arbeitsnachweises gestellt haben.

Ju den Versammlungen des Arbeitsnachweisverbandes findet sich ein recht gemischtes Publikum ein. Auch an der diesmaligen, der sechsten Hauptversammlung, die von Dr. Richard Freund Berlin geleitet wurde, nahmen neben Vertretern von Stadtverwaltungen, Handels-, Handwerks-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern auch Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitserorganisationen der verschiedenen Richtung teil. Beschlüsse werden nicht gefaßt. Es werden nur Referate gehalten, denen meist anregende Diskussionen folgen. Neben dem erwähnten Gegenstand wurden noch folgende Punkte behandelt: Die Arbeitsvermittlung im Auslande, der Arbeitsnachweis und die Frauen und der Stand der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 46. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Die Umschreibung der vom Ausland zugereisten Mitglieder in unseren Zahlstellen hat wiederholt zu Klagen und Beschwerden berechtigten Anlaß gegeben. Der Vorstand hat sich deshalb veranlaßt gesehen, den Beschluß zu fassen, daß fortan die neuen Mitgliedsbücher nur noch auf dem Verbandsbureau ausgestellt werden sollen. Wir richten nun hiermit an die Lokalverwaltungen das Erfuchen, uns das Mitgliedsbuch vom Ausland stets sofort nach Anmeldung des Mitgliedes in der Zahlstelle zwecks Umschreibung hier in unseren Verband einzusenden. Das alte Buch wird dann von uns bald an den Vorstand der betreffenden ausländischen Organisation überwandt werden. Wo in einer Zahlstelle vielleicht noch ausländische Mitgliedsbücher vorhanden sein sollten, ersuchen wir auch um deren baldige Einsendung nach hier.

Unter dem Titel „Die Unfallgefahren an den Holz bearbeitungs maschinen“ haben wir eine kleine Broschüre herausgegeben, welche in Auseinandersetzung mit den Kollegen aus der Branche der Maschinenarbeiter anregen soll, den Unfallgefahren, denen sie bei ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sind, größere Beachtung zu schenken und sie zugleich auf die vorbeugenden Bestrebungen unseres Verbandes hinweist. Die Broschüre hat einen Umfang von nur acht Seiten und ist deshalb zur Agitation recht geeignet, sie soll in beschränktem Maße gratis verteilt werden und ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, Bestellungen umgehend an uns einzusenden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 86999 Reinhold Winkel, Tischler, geb. 18. 2. 70 zu Berlin, 217652 Philipp Ernst Tischler, geb. 8. 7. 88 zu Ehlhalten, 219073 Wilhelm Kutschildgen, Modelltischler, geb. 6. 9. 85 zu Lüna.

224448 Eduard Stagneth, Tischler, geb. 4. 11. 86 zu Groß-Röhrn.

200338 Ernst Thorwirth, Tischler, geb. 18. 3. 88 zu Lengfeld, 261840 Kurt Müller, Instrumentenmacher, geb. 23. 7. 88 zu Reitz.

267005 Guido Ernst Stein, Tischler, geb. 2. 1. 78 zu Meertane.

268625 Heinrich Biermann, Tischler, geb. 5. 2. 88 zu Herford.

327104 August Söder, Tischler, geb. 19. 12. 78 zu Fürstenhagen.

403324 Hermann Kuhlmann, Tischler, geb. 5. 7. 86 zu Laat bei Herford.

412427 Johann Hössler, Polizist, geb. 13. 10. 91 zu Fürth.

422119 Hermann Tischendorf, Tischler, geb. 13. 3. 88 zu Eisleben.

427561 Hermann Ahrens, Holzarbeiter, geb. 29. 3. 89 zu Güthe.

442886 Adolf Seemann, Pantinenmacher, geb. 11. 11. 92 zu Neumünster.

446810 Erich Rösner, Tischler, geb. 21. 1. 89 zu Breslau.

452259 Hans Koch, Tischler, geb. 19. 11. 75 zu Niederaasphe.

463259 Heinrich Rosenfränger, Tischler, geb. 20. 6. 76 zu Trier.

474312 Kar. Niemz, Tischler, geb. 6. 7. 74 zu Neusalz a. d.

477500 Gustav Spratt, Tischler, geb. 12. 7. 89 zu Osterweddingen.

484227 August Bischoff, Tischler, geb. 16. 7. 80 zu Adelshain.

Zum Monat Oktober gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Allenstein 22 M., Bromberg 96, Czerst 153,50, Danzig 1000, Elbing 400, Goldap 20, Graudenz 100, Gumbinnen 115, Hohenalza 25, Insterburg 270, Königsberg 300, Köslin 400, Ley 31,56, Nadel 100, Neustettin 40, Osterode 190, Pastenburg 70, Rügenwalde 30,50, Schlawe

98, Stallupönen 50, Thorn 180, Tilsit 817, Trepow 94,90, Vorpot 60 M.

Gau Stettin: Russam 180 M., Barth 80, Brunsbüttel 100, Wilhov 70, Demmin 81,04, Riddichow 84,50, Gollnow 270, Greifenhagen 80, Greifswald 150, Grevesmühlen 80,50, Gollnow 200, Lubben 60, Lubz 48, Malchow 25,40, Neubrandenburg 40, Neustadt 100, Barthim 100, Posenwald 65, Sahnig 186,06, Schivelbein 68, Schwerin 700, Stargard 200, Stralsund 250, Strelitz 85,50, Swinemünde 180, Teterow 180, Torgelow 74,85, Wleclermühle 100,95, Wolgast 250 M.

Gau Breslau: Breslau 2150 M., Brieg 150, Gutsau 100, Deutsch-Pissa 100, Festenberg 8, Freiburg 750, Glatz 50, Gleiwitz 215,85, Glogau 200, Gneisenau 128,04, Görlitz 1000, Grünberg 170,50, Gabelschwerdt 85, Gorlsdorf 250, Hirschberg 275, Kattowitz 250, Königshütte 870,74, Kreuzburg 90, Langenbielau 90, Langenwitz 700, Landau 50, Meschitz 140, Oels 180, Oppeln 50, Posen 200, Ratibor 50, Rawitsch 85, Rybnik 45, Schmiedeberg 98,70, Schwedt 142,65, Strehlen 60, Steglitz 880, Walbenburg 800 M.

Gau Berlin: Angermünde 40 M., Betsig 47,84, Berlin 10000, Bernau 200, Brandenburg 1000, Cöpenick 600, Cölln 50, Ortschen 150, Cölln 50, Forst 872,50, Frankfurt 400, Freienwalde 280,50, Friedlichehausen 867,70, Mühlberg 100, Gollnow 100, Groß-Lichterfelde 100, Güben 300, Hemmendorf 104,62, Herzberg 104, Joachimsthal 77,60, Küterbog 247,80, Klosterfelde 150, Königs Wusterhausen 150, Kosmar 88,55, Landsberg 500, Lüsenwalde 600, Lubben 171,20, Lubbenau 50, Lütau 154,72, Neudamm 110, Neuenhagen 100, Neuruppin 180, Oberschöneweide 180,85, Perleberg 128, Potsdam 400, Preußlau 100, Priebus 80, Pritzwalk 76,88, Rathenow 600, Rixdorf 600, Sagard 284,65, Schneidemühl 58, Schönwalde 100, Schwedt 92, Schwielowsee 120,70, Senftenberg 144,10, Sommerfeld 820, Sorau 100, Spandau 200, Steglitz 100, Strausberg 80,20, Tempel 48,00, Trennbrielen 198, Welten 82,80, Wetschau 42,20, Wieg 80,70, Weißensee 281,78, Werder 86,88, Wittenberge 200, Wriezen 70, Behrendorf 69,70, Behrendorf 181,08, Bielenz 40, Gossen 68,62, Büllighau 92,95 M.

Gau Dresden: Bautzen 500 M., Brand 208, Colmnitz 180, Deutschendorf 400, Döbeln 800, Dresden 5000, Elsterwerda 280, Eppendorf 260, Freiberg 100, Gerickevalde 214,60, Glashütte 280, Großenhain 100,80, Groshartmannsdorf 90, Großröhrsdorf 400, Großschönau 100, Leipzig 800, Leubsdorf 280, Liebenwerda 105,92, Löbau 485,12, Marienberg 43,88, Mittweida 180, Mühlberg 232,65, Mulda 125, Neugersdorf 800, Neuhäusel 150, Niederdittig 700, Oschatz 200, Pirna 600, Rabenau 1000, Radeburg 70, Riesa 350, Schandau 372,28, Schmiedeberg 212,65, Schmöckwitz 200, Sebnitz 80, Stolpen 200, Torgau 50, Waldheim 800, Ritterau 416 M.

Gau Leipzig: Altdorf 280 M., Bischholz 200, Burgstädt 75, Düben 250,19, Eilenburg 500, Frankenberg 400, Geithain 40, Gerda 780, Glauchau 309,50, Görlitz 98, Grotz 100, Grimma 75, Hohenstein 117,24, Jöhstadt 1002, Johanngeorgenstadt 500, Klingenthal 282,85, Kunnersdorf 40, Langenberg 200, Leipzig 8000, Limbach 60, Marktneulinden 67,70, Markranstädt 150, Meuselwitz 230,45, Oelsnitz 88,28, Penig 50, Plaue 100, Reichenbach 120, Schleinitz 450, Schlesien 50, Schönheide 180, Taucha 180, Thalheim 80, Werda 250, Wilkau 200, Wollenstein 60, Zehn 1500, Zwönitz 200 M.

=====  
Gau Kollega hat die Pflicht, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen!  
=====

Gau Erfurt: Apolda 70 M., Blankenburg 7,76, Böhmen 85, Brotterode 28,90, Bürgel 846,08, Coburg 350, Corbetta 150, Duderstadt 180, Eisenach 800, Eschwege 108,49, Fehrenbach 158,40, Goldlauter 90, Gotha 550, Gräfenroda 60, Gräfinau-Angstedt 100, Henn 175, Ilmenau 75, Kaulsdorf 60, Kelbra 180, Lauterberg 200, Leibnitz 255,75, Martinroda 84,21, Merseburg 99, Molschhausen 550, Naumburg 250, Neuenburg 100, Neustadt 100, Nordhausen 200, Ohrdruf 150, Ostheim 6,50, Saalfeld 100, Schlotheim 20,50, Schweina 27,80, Sonneberg 150, Suhl 50, Waltershausen 255, Wasungen 89,55, Weizsäfers 95, Zella-Mehlis 47 M.

Gau Magdeburg: Aschersleben 100, Bernburg 150, Bitterfeld 81, Braunschweig 2000, Calbe 60, Clausthal 52,50, Cöthen 500, Coswig 220,84, Delitzsch 20, Dessau 400, Eisleben 125, Gardelegen 200, Goslar 100, Helmstedt 800, Hettstedt 66,10, Neuhausen 80, Osterburg 30, Osterwieck 25, Quedlinburg 147,75, Salzwedel 214,58, Sangerhausen 800, Stadtilm 100, Stendal 790, Tangermünde 128,84, Wernigerode 100, Wittenberg 100,10, Berbst 200 M.

Gau Magdeburg: Aschersleben 100, Bernburg 150, Bitterfeld 81, Braunschweig 2000, Calbe 60, Clausthal 52,50, Cöthen 500, Coswig 220,84, Delitzsch 20, Dessau 400, Eisleben 125, Gardelegen 200, Goslar 100, Helmstedt 800, Hettstedt 66,10, Neuhausen 80, Osterburg 30, Osterwieck 25, Quedlinburg 147,75, Salzwedel 214,58, Sangerhausen 800, Stadtilm 100, Stendal 790, Tangermünde 128,84, Wernigerode 100, Wittenberg 100,10, Berbst 200 M.

Gau Hamburg: Ahrensburg 170 M., Apenrade 127,19, Aurich 46, Bergedorf 115,48, Blankenese 708, Boizenburg 80, Bremerhaven 800, Brunsbüttel 121,20, Dammenberg 35, Edernförde 50, Esterwörde 100, Eutin 102,86, Geestorf 50, Gladbeck 98,48, Habersleben 400, Harburg 250, Heide 185, Hulum 178, Jühnde 100, Leer 200, Lohstedt 100, Lügumkloster 40, Lüneburg 800, Neuenburg 60, Neustadt 87,15, Norden 104,10, Oldenburg 500, Oldesloe 100, Pinneberg 180, Preetz 60, Reinbek 125, Meldorf 150, Menden 150, Scherbeck 66, Schleswig 150, Schwartau 80, Sonderburg 150, Stade 170, Süderup 110, Tondern 19,85, Netersen 60, Winsen 87,60, Wulf 150 M.

Gau Hannover: Bielefeld 500 M., Blomberg 180,80, Bramsche 70, Bredenbeck 60, Blinde 400, Burgdorf 214, Celle 500, Delligsen 45,70, Detmold 250, Einbeck 150, Göttingen 150, Hannover 1000, Herford 1600, Hörstel 100, Hörstel 236,60, Hildesheim 800, Holzminden 195,55, Lage 120, Lemgo 112,30, Melle 250, Minden 800, Münden 400, Nienburg 125, Northeim 28,10, Oehringen 300, Osnabrück 450, Osterode 200, Peine 251,15, Quedlinburg 68,08, Rheine 20, Springe 40, Uelzen 100, Uslar 150, Verden 180, Walsrode 120 M.

Gau Düsseldorf: Beckum 45,80 M., Bochum 200, Castrop 42,60, Dortmund 400, Düsseldorf 93,80, Elberfeld 1600, Emmerich 80, Essen 500, Eschweiler 50, Gelsenkirchen 280, Gevelsberg 226, Gladbeck 50, Hamm 153, Hanau 120, Hattingen 97, Herne

50, Herten 100, Köln 2000, Krefeld 500, Lüdenscheid 100, Lüdinghausen 76,50, Mülheim 212,77, Münster 100, Münster 90, Neuss 100, Oberhausen 108,80, Ohligs 235,81, Sternschein 177,67, Wickede 50, Schermbeck 460, Schwerte 45, Soest 50, Werdohl 288,55, Velbert 140, Witten 80, Wülfrath 80, Witten 268,60 M.

Gau Frankfurt: Alsfeld 50 M., Amorbach 150, Bensheim 70, Bubenheim 113,57, Büsbach 52, Driedenbach 70,75, Eberstadt 78,47, Eddersheim 171, Eichelsheim 250, Kronenthal 240, Friedberg 80, Gelnhausen 154,90, Hanau 800, Hördenberg 800, Hellstein 80, Homberg 118, Kellheim 400, Kirchheim 250, Lambrecht 100, Landau 63,88, Marburg 185,80, May 400, Neustadt 206,26, Remscheid 100, Oberramstadt 270, Opperhausen 87,24, Pirmasens 107,80, Reichenbach 140, Sprendlingen 80, Wodenhausen 180,81, Weinheim 867,72, Weylar 150 M.

Gau Mainzberg: Amberg 195 M., Ansbach 185, Bamberg 600, Bayreuth 800, Cham 40, Dinkelsbühl 150, Feucht 87,10, Forchheim 40, Hersbruck 50,02, Herzogenaurach 80,10, Kronach 20,20, Kulmbach 20, Lauf 450, Markt-Medivit 48, Mitterteich 80,70, Neustadt 198, Ochsenfurt 144,20, Pappenheim 4,75, Regensburg 450, Rehau 80, Reichelsdorf 100, Roth 121,85, Rothenburg 100, Schneid 52,51, Schöpsloch 29,75, Schwarzenbach 50, Waldmünchen 20, Wunsiedel 70, Birndorf 250 M.

Gau Miltenberg: Berchesgaden 42 M., Bruckmühl 150, Dachau 120, Donauwörth 82,60, Flüssig 40, Haibach 10, Hauzenberg 40, Memmingen 80, Mespach 149,42, Mühlbach 50, Mühlbach 660, Pasing 110,10, Passau 100, Prien 50, Reichenhall 50, Rosenheim 150, Schrebenhausen 30, Starnberg 150, Traunstein 50, Wallheim 50, Wolfratshausen 84 M.

Gau Stuttgart: Altensteig 120 M., Asperg 140, Überach 100, Bietigheim 70, Durlach 518,85, Ehingen 500,

Freiburg 500, Friedrichshafen 50, Gurtweil 150, Gaggenau 28,44,

vorurteilsvoller als dieser ist. Von dem Geist der Arbeiterbewegung noch unberührt, haben diese Leute entweder eine irre oder gar keine Vorstellung von dem Wesen und der Bedeutung der modernen Gewerkschaft. Dafür kann man bemerken, daß sie zu allem Ja und Nein sagen, bloß um den Kapitän wieder los zu werden. Die Angst vor dem Händler ist unüberwindlich. Die agitatorische Arbeit kann wohlausüfig nicht mehr erreichen, als die armen Drehsteler etwas aufzuhören über ihr eigenes Elend und den einzelnen für den Anschluß an eine große und leistungsfähige Organisation vorzubereiten. So wie die Dinge heute liegen, sieht die Möglichkeit einer Organisation an manchen Orten noch auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Ein auch ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, der aber selbst nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Nach seiner Meinung vermöchte sehr gut eine große Organisation wie der Holzarbeiterverband andere Zustände unter den Drehstelern dort zu schaffen. Es wird aber noch einer kolossalen Aufklärungsarbeit, riesiger Kosten und großer Mühen bedürfen, bevor das Ziel erreicht werden kann.

Günstig für eine künftige Besserungsgestaltung der Verhältnisse ist die Entwicklung der fabrikmäßigen Produktion. Fabriken werden fast überall gebaut oder vergrößert, die dann die Heimdrehsteler allmählich absorbieren und eine geregeltere Arbeitszeit einführen müssen. Die Kollegen in den Fabriken sind meist nicht mehr so sehr der brutalsten Ausbeutung ausgesetzt wie als Heimarbeiter. Kinderarbeit und Arbeitszeit der Jugendlichen sind auf das gesetzliche Maß beschränkt; es entsteht ein kollegiales Verhältnis unter den Arbeitern und ein natürlicherer Zusammenhalt; auch Beispiele von Wohnaufbesserungen sind zu finden. Über doch sind noch so viele alte, rückständige Einrichtungen beibehalten, daß von einem modernen fabrikmäßigen Arbeitsverhältnis keine Rede sein kann. Es ist eben alles noch im Anfang der Entwicklung begriffen und die Organisation hat meist noch schlecht Fuß gesetzt oder ist doch noch zu jung, um die alten Ueberreste vom Heimarbeiter- eld ohne weiteres beseitigen zu können. Wierzehntägige Lohnzahlung, ein patriarchalisch Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, wobei der Fabrikant alle Arbeiter ohne Altersunterschied mit Du ansieht, die Arbeiter aber alle vom "Herrn" sprechen, hochgradige Altkordenskunst, Blaumachen, ungesehliche Abzüge vom Lohn, mangelhafte oder fehlende sanitäre Einrichtungen, Arbeitszeiten von früh 6 Uhr bis 18 Uhr abends, Überstundenunwesen, Nachselebarkeit zu Hause, usw., das alles ist in überwiegendem Maße noch anzutreffen.

In dem Industriestädtchen Muhlau ist seit der Verkürzung der Arbeitszeit eine größere Zahl von Drehstelern dazu übergegangen, Fabrikarbeit mit nach Hause zu nehmen und sie abends in der Wohnung fertig zu machen. Auf diese Weise haben sich viele Kollegen die Vorteile einer verkürzten Arbeitszeit wieder illustriert gemacht. Die Aufführung der Kollegen schreitet langsam vorwärts. In jedem Ort haben die Kollegen mit anderen Missständen zu kämpfen und gar oft haben sie dieselben ihrer eigenen Laune und Lässigkeit zugeschrieben. Die Kollegen in Wallershausen können sich nicht entschließen, den aus der Volkskasse gezahlten Zuschlag zur Krankenunterstützung aufzugeben, obwohl sie keinen Volksbeitrag erheben und gerade die Kasse dieser Zahlstelle verhältnismäßig hohe Aufwendungen für die Agitation in den umliegenden Orten tragen muß. Auch das doppelt schädliche Blaumachen soll dort noch sehr in der Mode sein. Viele organisierte Kollegen haben die grundsätzliche Meinung, daß sie mit der Vertragsabschaffung alles getan hätten zu einer Verbesserung ihrer Lage. Es fehlt vor allem ein frisch-fröhlicher Zug im Verbandsleben, der innere künstliche Zusammenhalt unter der Kollegenschaft am Ort, der an vielen kleinen Orten die Kollegen zu einer gut organisierten Kampfschar verbindet. Obwohl der Lohn in der letzten Zeit um einiges gestiegen ist, hat sich andererseits die Arbeitsleistung seit einigen Jahren nach den Angaben der Kollegen quantitativ etwa verdoppelt und die Kollegen werden so bei der Arbeit immer mehr angespannt. In Schmeina hat es ein Unternehmer bisher ausgezeichnet verstanden, die Mehrzahl "seiner Leute" von der Organisation fernzuhalten; bei ihm ist in der Fabrik alles eine Familie". Gleich unglaublich wie lächerlich ist es, daß unter den Arbeitern der beiden Großbetriebe ein gegenseitiger "Geschäftskrieg" geübt wird. Viele unter den dortigen Kollegen sind tatsächlich stolz auf ihren "Herrn" und schufen mit eitel Wonne von früh 6 Uhr bis abends 8 resp. 9 Uhr, um dann noch auf Feld zu gehen, wo die Schusterfeuer von neuem losgeht. Während die Kollegen bei ihrer "Arbeit" festig sind, lehrt der Fabrikant den offenen Probenstandpunkt heraus. Es war seine Meinung, "jeden sofort rauszuschmeißen, der dem Verband angehört". Auf die Entgegnung, daß die Arbeiter das gesetzliche Recht zur Zughörigkeit einer Organisation besitzen, und daß weiter das Unternehmerium von diesem früheren Herrenstandpunkt längst abgelenkt sei und die Arbeiterverbände als wichtige Kätoen im gesellschaftlichen Leben anerkannt, erwiderte der Herr Stolz, daß er dann eben der einzige sein wolle, der solche alte Ansicht vertrete. Er braucht keinen Verband, folglich brauchen die Arbeiter auch keinen, das ist sein Prinzip. Aber er ist ein reicher Mann geworden und die Arbeiter bleibten arme Teufel bei dem Geschäft, das ist der Unterschied. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis das Gros dieser Kollegen aus seinem Traum erwachen und den Weg beschreiten wird, den wir mit großer Aufopferung ihm längst geebnet haben? Wann endlich werden sich diese Kollegen ihrer Arbeiterpflichten bewußt werden und sich ihren Arbeitsbrüdern solidarisch erweisen? Je früher ihnen die Erkenntnis kommt, um so besser für sie.

Alwin Reichmann.

#### Korrespondenzen.

**Diesdorf bei Magdeburg.** Der Korbmachermeister Friedmann halte am Montag, 31. Oktober, wieder seinen Umgang und drohte, seine Gesellen zu verprügeln, wenn er bei seinen Bekleidungen ihnen gegenüber nicht das lebte Wort haben könnte. Unterstübung fand er bei seinem hoffnungsvollen Sprößling, so daß ich Kollege genötigt sah, mit diesem Jungen durch die Tür zu gehen. Die Kollegen haben dieser Musterwerkstatt natürlich den Rücken geschart und werden die Kollegen gut

tun, diesen prügellustigen Krauter das Arbeiten allein zu überlassen. Die Werkstatt bleibt gesperrt.

**Edekuonen (Weinpalz).** Am 30. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre Spätjahrsagitationsversammlung mit dem Kollegen Krebs aus Saarbrücken als Referenten ab. Leider ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Besonders die alten Kollegen bleiben fern, um an den nächsten Tagen wieder über die schlechten Verhältnisse am hiesigen Orte zu klagen. Wenn man sieht, wie die jungen Leute bezahlt und behandelt werden, und unter diesen befinden sich oft die Söhne der älteren Kollegen, dann muß man sich doch sagen, daß solche Zustände beseitigt werden müssen, und dies kann man nur mit der Organisation. Den alten Kollegen geht es aber auch nicht viel besser; auch sie werden mitunter behandelt, daß es jeder Beschreibung spottet. Kollegen, das muß anders werden. Wo sind heute noch die 10 Proz. welche 1898 bewilligt wurden, wo sind alle Versprechungen, die damals gegeben wurden. Dies alles ist fort, weil der Fabrikant im Laufe der Zeit gesehen hat, daß er mit den Leuten machen kann, was er will. Wenn die Missstände beseitigt und wir wieder vorwärts kommen wollen, dann müssen wir Mann für Mann der Organisation beitreten. Werke daher im Laufe des Winters ein jeder Kollege für unseren Verband, dann können wir auch der Erfüllung unserer Ziele und Wünsche näherkommen.

#### Unsere Lohnbewegung.

In Borna dauert der Streik in der Piano- und der Harmoniumfabrik unverändert fort. Leider haben sich einige Unorganisierte als Streikbrecher gefunden. Die Kollegen, die die Elite des Betriebes waren, halten aber daran fest, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis geregelte Verhältnisse geschaffen sind. Zugang ist fernzuhalten.

In Braunschweig befinden sich seit 8. November 94 Kollegen der Piano- und Harmoniumfabrik von Böcker u. Winkelmann im Ausstande. Als Arbeitswillige sind nur 6 Gelbe, 6 Meister und 2 Volontäre zu verzeichnen. Die Firma läßt sich über die Ursachen des Streiks in den bürgerlichen Volksblättern selbst vernehmen, "daß der Streik von der Verbandsleitung unterstützt allen Umständen gewünscht wurde, damit diese sich die Lohnverbesserung, welche wir schon vor Streifausbruch zugesichert hatten, auf ihr Konto schreiben kann". Dabei ist Tatsache, daß die Verbandsleitung der Firma noch am 2. November persönlich den Vorschlag machte, ihr eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, in welcher Höhe sie die gestellten Forderungen zu bewilligen bereit sei. Mit solcher bestimmten und genügend entgegenkommenden Erklärung als Unterlage würde es gelingen, die Kollegen zu bewegen, dem Wunsche der Firma Nachdruck zu tragen, daß sie unter Ausschaltung der Organisation mit ihnen selbst unterhandeln und das Abkommen im einzelnen treffen könne. Andernfalls nicht, denn die Kollegen straubten sich mit Händen und Füßen, wiederum derartig nutzlos zu behandeln, wie das bisher bei den im Laufe der Jahre unzählige Male hervorgebrachten Differenzen der Fall gewesen sei. Die Firma weigerte sich, eine derartige Erklärung abzugeben und damit ist nicht nur ihr betonter Beteiligungseifer widerlegt, sondern auch ihre weiteren Angaben über die die Selbstveranlaßte Steigerung der Dienstleistungen und das friedvolle Arbeitsverhältnis bei ihr. Sie hat ausgespielt und ausgespielt an den Preisen während all der Jahre mit einer an Virtuosität grenzenden Praxis, und wenn wirklich mal ein Fünfchen Vorteil für die Kollegen dabei herausgesprungen war, dann wurde er in der allernächsten Zeit von ihr wieder durch Arbeitsverschiebung und Täuschung illusorisch gemacht. Und weil es diesmal, nach der eigenen Bekundung der Firma, wieder so losgehen sollte, beharrten die Kollegen auf ihre grundsätzliche Forderung: Erhöhung der Löhne um 5 Pf. und der Akkordpreise um 10 Proz., sowie Garantie der bestimmten Vereinbarung und Festlegung sämtlicher Akkordpreise. Alle Kollegen der Fleischerbranche werden strengstens erwartet, Braunschweig zu meiden.

In Bux in Westf. will die Firma Dörzinghaus (Bau-schreinerei) den für den Ort abgeschlossenen Vertrag nicht anerkennen. Herr Dörzinghaus erklärte den Organisationsvertretern gegenüber, daß er mit Kindern keinen Vertrag abschließe, weil er ja doch nicht gehalten würde. Es wurde über den Betrieb die Sperre verhängt und ersuchen wir alle Kollegen, welche sich nicht mehr als Kinder betrachten, die Firma mit dem Angebot ihrer Arbeitskraft nicht zu bestimmen. In Copitz bei Pirna kann die Bewegung in dem Leinbrodtschen Sägewerk als beendet betrachtet werden. Die Kollegen erzielten 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung, 2 Pf. Lohnhöhung und circa 8-10 Proz. Erhöhung der Akkordpreise. Der Unternehmer erklärte, daß er im kommenden Frühjahr weiter verhandeln will, um dann einen Vertrag abzuschließen. Die Kollegen haben sich zunächst damit abgefunden.

In Günsterwalde stehen die Arbeiter der Firma Schäfe immer noch im Streik. Da der Zugang nach hier sehr stark ist, fällt es schwer, die Streikenden einheitlich unterzubringen. Wir bitten, den Zugang von Holzarbeitern nach Günsterwalde strengstens fernzuhalten.

In Frankenhäuser am Kyffhäuser dauert der Streik der Werkstattknopferei noch schon 11 Wochen. Die Fabrikanten wollen nicht einschauen, daß eine einheitliche Fortsetzung der Arbeitslöhne im allgemeinen Interesse des Berufes liegt und daß die enorme Steigerung der Lebenshaltung einen Ausgleich in Form von Lohnhöhung unabweisbar macht. Von den 350 Streikenden sind bis jetzt nur drei abgefallen. Als jüngst ein Knopfmacher, welcher 9 Wochen im Streik stand, die Arbeit wieder aufnahm, kam es zu einem unbedeutenden Auflauf, den jetzt die Arbeitgeber der Streikleitungen an die Hochsäcke hängen möchten. Wenn auch der Unrat über solchen Abfall verständlich ist, so mahnt doch die Streikleistung in jeder Versammlung jeden Zusammenstoß zu vermeiden. Die öffentliche Meinung am Orte ist den Streikenden günstig. Eine am 5. November abgehaltene öffentliche Versammlung, die von 600 Personen besucht war, sprach den Streikenden die Sympathie der Bevölkerung aus. Streikbrecher aus dem Orte zu erhalten durfte den Fabrikanten kaum möglich sein, allerdings suchen diese sich jetzt durch Aufstellung arbeitsparender Maschinen zu helfen, doch kann dies allein ihnen den Sieg nicht bringen. Die Streikenden sind gewillt auszuhalten.

In Hamburg ist, wie wir in der vorigen Nummer berichten konnten, der Kampf der Modelleßchleifer in den Modellwerkräften und Modellfabriken beendet. An einer anderen Stelle der Notiz heißt es aber dann, daß in den Modellfabriken und Eisengießereien die Bewegung noch nicht beendet sei. Hier hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, es muß heißen, daß in den Ma-

schienenfabriken und Eisengießereien die Bewegung noch nicht beeinflußt ist. Es wurden inneren neue Verhandlungen mit dem Verband der Eisenindustriellen gepflogen, bei welchen jedoch eine Vereinbarung nicht erzielt wurde.

In Heilbronn sind 20 Kollegen der Pinnowerke fabrik E. J. Elsässer am 31. Oktober in den Ausschluß getreten. Die Verhandlungen, die stattgefunden haben, sind resultlos verlaufen. Verschiedene Kollegen, die gesündigt hatten, sollten von der Firma nicht wieder eingestellt werden. Das wurde jedoch von den Kollegen entschieden und hat sich der Zusammensetzung der Kollegen noch gefestigt. Die Firma hofft, noch Arbeitwillige zu bekommen, jedoch erfüllt sich der Wunsch nicht. Wir bitten, den Zugang streng fernzuhalten.

In Kehlwehrbach bei Neu-Isenburg sind bei der Firma Schipperges, Möbelfabrik, Differenzen ausgebrochen, welche die Kollegen zur Auflösung ihres Arbeitsvertrages veranlaßten. Die Organisationsvertreter, welche zwecks Beilegung der Differenzen vorstellig wurden, fertigte Herr Schipperges kurz ab mit den Worten, daß er sich in seine Geschäftsführung nicht hineinreden lasse. Die Auflösung läuft am 12. November ab; wir bitten um Fernhaltung des Zuganges.

In Koblenz dauert die Aussperrung der Arbeiter in der Pinnowerke fabrik vor. 2. Maubd nun schon 4 Wochen, ohne daß sich die Firma zu Verhandlungen bereit findet. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft, sie lassen sich auch durch das verstärkte Polizeiaufgebot nicht provozieren. Ebensoviel sind sie aber gewillt, zu Kreuze zu ziehen und Lohnkürzungen in den Kauf zu nehmen. Wenn der Betrieb nicht forcieren will, so dürfte das weniger an den hohen Löhnern als an vielen Aufsichtspersonals liegen. Zwei Betriebsleiter, 4 Werkmeister und 5 Vorarbeiter in festem Lohn, dazu reichlich Kontorpersonal, das bringt natürlich hohe Unterkosten. Das kann auch nicht dadurch ausgegliedert werden, daß den Arbeitern ohne jede Untersuchung der Schuldfrage Strafen von 2-3 Mkt. vom Lohn abgezogen werden. Die Firma dürfte vielleicht noch einmal einsehen, daß anständige Löhne und menschliche Verhandlung und damit ein friedliches Verhältnis zu den Arbeitern dem Ausschlüsse des Geschäfts weit günstiger sind, als der bisherige Zustand.

In Mühlhausen i. Orl. hat sich im Stand des Streits nicht viel geändert. Die Unternehmer verharren noch immer auf ihrem prahligen Standpunkt und glauben, daß es ihnen gelingen wird, die Mühlhäuser Holzarbeiter gehörig klein zu kriegen; auch hoffen sie, daß die Ungunst der Witterung dazu beitragen werde. Darin täuschen sie sich aber ganz gewißlich, denn jeder einzelne Kollege weiß, was auf dem Spiele steht und ist sich seiner Aufgabe voll und ganz bewußt. Es besteht auch die begründete Aussicht, daß es uns diesmal gelingt, eine Bresche in den Zusammenhang zu schlagen. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

In Neu-Isenburg dauert der Streit in der Möbelfabrik von Wittich fort. Herr Adam Wittich sendet uns nun einen größeren Zeitungsausschnitt und mutet uns, unter Berufung auf das Preßgesetz und unter Androhung weiterer Schritte im Weigerungsfall, zu, sein Geistesprodukt in der "Holzarbeiter-Zeitung" abzudrucken. Diese Zumutung ist doch etwas gar zu naiv. Wir überlassen es dem Herrn gern, "weitere Schritte vorzunehmen". Da gegen bitten wir, den Zugang von Weismöbelstischlern nach wie vor von Neu-Isenburg fernzuhalten.

In Niederschlesien und Umgegend waren die Tischler und Stuhlarbeiter in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten. Mit der Tischlerinnung für den Bezirk Müglitz wurde ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen auf der Grundlage des Pirnaer Vertrags, nur für die Tischler wurde der Dresdener Tischlerkonsort anerkannt. In Betrieben in der Amtshauptmannschaft Dresden wurde der Dresdener Vertrag anerkannt, immerhin dürften hier in einigen Betrieben noch kleinere Scharmüth auszufechten sein. Die Stuhlarbeiter in Quohren erzielten 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung und zirka 10 Proz. Erhöhung des Verdienstes. In der Stuhlfabrik in Kreischa, Inhaber Krause, haben sich die Verhandlungen zerschlagen. Die Kollegen in diesem Betrieb werden sich anderwärts Beschäftigung bejorgen und bleibt dieser Betrieb gesperrt.

In Stuttgart stehen die Kollegen der Büromöbelfabrik Eberhard Fecker seit dem 29. Oktober im Streit. Diese Firma hat während der letzten Jahre wiederholt die vertraglich festgelegten Akkordpreise gefürzt, so daß in letzter Zeit der Lohn der dortigen Kollegen weit unter dem Durchschnittsverdienst am Orte zurückgedrängt ist. Trotzdem verzichte jetzt die Firma einzelne Akkordsätze nochmals bedeutend herabzusetzen. Bei den Verhandlungen glaubte einer früherer Vertrauensmann, der jahrig neugeborene Werksführer Brauner, dadurch einen Teil zwischen die Kollegen treiben zu können, daß er einem Teil der Kollegen eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde versprach, dagegen wurden drei der "Rädelsführer" mit der sofortigen Kündigung bestraft. Unsere Kollegen waren aber mit dieser Taktik nicht einverstanden und haben sie mit geschlossener Arbeitsinselung beantwortet. Die Firma suchte dann bei den Ortsvertretungen des christlichen Holzarbeiterverbandes in den süddeutschen Städten 17 Arbeitskräfte. Wie uns aber von dem katholischen Arbeitersekretariate Stuttgart mitgeteilt wird, lehnen es die christlichen Arbeiter vornehmlich und ab, den Streitbrecher zu spielen, und so dürften wir die berechtigte Hoffnung aussprechen, daß die Firma Fecker bei Fernhaltung des Zuganges nach zum Nachgeben genötigt seien wird.

In Wilsdruff ist die Firma Weinhold aus dem Unternehmerskreis ausgetreten und hat die Forderungen der Kollegen bewilligt. Die Arbeit wurde hier am 1. November aufgenommen. In allen anderen Betrieben geht der Streit unverändert fort. Einige Arbeitsstellen für Weismöbelstischler und Maschinenarbeiter, welche sich für verheiratete Kollegen eignen, bitten wie der Verwaltung mitzuteilen.

In Siegenbach in Schlesien ist nach zwölftägiger Streitdauer mit den Unternehmern die Wiederaufnahme der Arbeit für den 7. November vereinbart. Obwohl ein großer Teil der Kollegen während des Streits außerordentlich untergebracht worden ist, wird vorläufig ein Teil der Streitenden doch noch keine Arbeit erhalten können. Noch geringer wäre natürlich die Aussicht, hier Beschäftigung zu finden für etwa Bereitende.

## Aus der Holzindustrie.

**Leichtfertige Genossenschaftsgründung.** Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz über eine vertragliche Zahnergenossenschaft in Schweinfurt. Selbstverständlich wird das Unternehmen als eine "sozialdemokratische" Genossenschaft angesehen, und es werden Zahndrähte vergossen über die Gläubiger, die jetzt Geld verlieren, weil sie der leichtfertigen Gründung nicht das berechtigte Widerrecht entgegengebracht haben. Auch für die Familien der Genossenschaftler wird einiges Mitleid gehabt. Kennzeichnend für den Zweck der Notiz ist der Schlusssatz: "Es ist nicht anzunehmen, daß die gefüllten sozialdemokratischen Kassen oder gar die schwerreichen Gründer zur Rettung des Unternehmens oder gar zur Unterstützung der bedrängten Familien beitragen.".

Wir wollen den guten Leuten, die ein doch sonst bei ihnen ganz ungewohntes Mittel gegenüber angeblichen Sozialdemokraten an den Tag legen, vorweg verraten, daß ihre Vermutung ganz zutreffend ist. Die "gefüllten sozialdemokratischen Kassen" werden weder zur Rettung des Unternehmens, noch zur Unterstützung der Familien beitragen, denn die Gelder der fraglichen Kassen sind für ganz bestimmte Zwecke angehäuft und die Sammlung vertraglicher Gründungen gehört nicht dazu. Ebensowenig ist anzunehmen, daß die nur in der Phantasie des Artikelbeschreibers existierenden "schwerreichen Gründer" eine Rettungskasse unterhalten. Dazu haben sie, wenigstens in ihrer Eigenschaft als Sozialdemokraten, keine Veranlassung. So etwas läge doch auch den "mitteidigen" Gegnern der Sozialdemokratie, die den Fall aufgegriffen haben, viel näher. Erstlich sind dort die schwerreichen Leute in größerer Zahl wirklich vorhanden, und dann haben die bedrängten Genossenschaftler durch ihre Verhältnisse gezeigt, daß es ihnen gar nicht um die Bewirtschaftung sozialdemokratischer Ziele zu tun war. Sie haben im Gegen teil den Feinden der Arbeiterbewegung einen so wertvollen Stoff geliefert, daß diese schon aus Dankbarkeit einmal in den Beutel greifen und beweisen können, daß ihr Mitleid nicht gehabt ist.

Was nun die Sache selbst anlangt, so ist die Gründung der Genossenschaft im Februar dieses Jahres durch 22 Schreiner aus Mannheim erfolgt. Mit dem dortigen Streit hatte die Gründung nichts zu tun, denn der war schon im Oktober vorangegangenen Jahres beendet worden, und die Gründer hatten seither wieder in verschiedenen Betrieben gearbeitet. Von dem Plan der Gründung hatte unsere örtliche Verbandsleitung keine Ahnung. (Dass die sozialdemokratische Partei damit erst recht nichts zu tun hatte, braucht nicht erst betont zu werden.) Die Teilhaber der "Süddeutsche Möbelindustrie", eing. G. m. b. H. waren vorher Mitglieder unseres Verbandes, sie sind aber, mit einer Ausnahme, sofort ausgetreten, zum Teile, ohne ihre restierenden Beiträge bezahlt zu haben. Dass die Genossenschaft bei den geringen Vermößen, über welche sie verfügte, nicht lebensfähig sein würde, war vorauszusehen, und der Nach war, trotz des großen Fleisches der Genossen, die ihre Arbeitszeit gar nicht lange genug gestalten konnten, für niemand eine Überraschung. Deutlich heißt es, der Direktor Lennig der Süddeutschen Möbelfabrik in Mannheim beabsichtigte, den Betrieb zu kaufen. In dem Fall würden die Genossenschaftler weiterarbeiten und einen Gewinnanteil erhalten, um auf diese Weise wieder zu ihrem Gelde zu kommen. Wird dieser Plan verwirklicht, dann macht die Süddeutsche Möbelfabrik ein gutes Geschäft. Abgesehen davon, daß sie den Betrieb in Schweinfurt billig erwirkt, wird dann die Gewinnbeteiligung der Arbeiter als ein Mittel, sie zu intensivster Arbeitsleistung anzuregen. Und wenn es einmal in Mannheim zu einem Streit kommt, dann gewährt der so organisierte Betrieb in Schweinfurt die Gewähr, daß deshalb die Produktion nicht ganz eingestellt zu werden braucht.

Die kurze Lebens- und Leidensgeschichte der Süddeutschen Möbelindustrie in Schweinfurt ist eine drastische Illustration zu der oft erfolgten Warnung vor der leichtfertigen Gründung von Produktionsgenossenschaften. So gesund das Prinzip der genossenschaftlichen Produktion ist, so kann doch nicht eindringlich genug gewarnt werden, eine Genossenschaft ins Leben zu rufen, ohne daß eine ausreichende Gewähr für ihre Existenzfähigkeit gegeben ist. Im vorliegenden Fall war die eigentliche Triebfeder der Gründung der persönliche Egoismus der Genossen. Die Absicht einer Förderung der Arbeiterbewegung hat ihnen ferngelegen, das zeigt auch der schamlose Austritt aus dem Verband. Aber auch dort, wo bei einer derartigen Gründung der beste Willen vorhanden ist, der Arbeiterschade zu dienen, ist die schärfste Prüfung der Grundlage geboten, damit nicht mit den unmittelbar Beteiligten auch die Arbeiterbewegung geschädigt wird. Gerade der Schwochinger Fall zeigt ja, wie skrupellos sich die Feinde der Arbeiterschade auf solche Wissen stützen, um sie für ihre Zwecke auszuschlagen.

Über den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie berichtet das "Neidtsarbeitsblatt", daß im Monat September die Lizenzfabrication, wie alljährlich um diese Zeit, befriedigend beschäftigt war. Bei den Sägewerken blieb das Geschäft unverändert. In der Möbelfabrikation wird aus Groß-Berlin über eine etwas lebhaftere Beschäftigung als im Vorjahr berichtet. In Süddeutschland war dagegen die Beschäftigung etwas ruhiger. Für Laden- und Kontoreinzrichtungen lagen noch Mitteilungen aus Groß-Berlin reichere Aufträge vor. In der Möbelwarenindustrie war man im allgemeinen mit der Beschäftigung zufrieden. Ein Bericht klagt allerdings, daß mangels größerer Aufträge die Arbeitszeit von 9½ auf 6 Stunden herabgesetzt werden müsse. In der Schirmfabrikation war Berlin und Breslau recht gut mit Aufträgen versehen. Der nasse Sommer räumte die Lager, so daß die für den Herbst bestellte Ware viel früher als sonst verlangt wurde. In Breslau trat Arbeiterschaden wieder. Über die Wüstenfabrikation berichtet Süddeutschland günstig. In Erlangen wurde in einzelnen Abteilungen mit Überstunden gearbeitet, der dortige Bericht klagt über ständigen Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Während der Wagenbau nachließ,

hielt in der Automobilindustrie der gute Geschäftsgang an. Ein Bericht aus Groß-Berlin spricht von einem Mangel an gelehrten Arbeitern. Der Eisenbahnwagenbau lag immer noch daneben.

**Wie Streitbrecher verschachert werden.** Wer sich zu der verächtlichen Rolle des Streitbrechers hergibt, verzichtet damit auf seine Menschenwürde. Er darf sich nicht beschlagen, wenn er von dem Schwarzmarktführer, dem er sich anvertraut hat, wie ein Stück Vieh verschachert wird. Unser österreichisches Bruderblatt, der Wiener "Holzarbeiter", ist in der Lage, den nächsthenden Vertrag abzudeuten, der höchst zu einen Wichterungsvertrag erinnert. Der Vertrag datiert vom vorjährigen Streit der Tischler bei der Firma Schäbacher in Bützow und hat folgenden Wortlaut:

Zwischen Herrn Adolf Hessberg und der Firma Genossenschaft des Verbandes schwedischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten, Sektion Bützow, ist heute nachstehender Vertrag geschlossen worden:

1. Herr Adolf Hessberg verpflichtet sich, der Firma obigen Verbandes, bezüglichweise Firma Schäbacher in Bützow, Möbelfabrik, Station Stadelhofen, in kürzester Zeit 50 wichtige Arbeiter (Schreiner auf furnierte Arbeit) nach beliebiger Spezifikation zu besorgen.

2. Die Firma obigen Verbandes zahlt Herrn Adolf Hessberg 105 Fr., in Worten hundertfünf Franken, für jeden gelieferten Mann.

3. Diese 105 Fr. vergleichen sich in Meisevergütung und Speisen per 100 Fr. sowie 5 Fr. Provision per Mann.

4. Von diesen 100 Fr. Meisevergütung und Speisen sind von der Firma 50 Fr. bei Abschluß dieses Vertrages und die restlichen 50 Fr. per Mann sind sofort nach Eintreffen der Arbeiter am Bestimmungsort der obigen Firma zahlbar.

5. Die Provision von 5 Fr. per Mann ist zahlbar nach vier Wochen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der beschaffte Arbeiter noch bei obiger Firma in Tätigkeit ist.

6. Jeder von Herrn Adolf Hessberg engagierte Arbeiter muß eine schriftliche Erklärung nach anliegendem Muster abgeben; die Firma des obigen Verbandes da gegen verpflichtet sich, die in diesen Erklärungen enthaltenen Zusagen den Arbeitern gegenüber zu erfüllen.

7. Herr Adolf Hessberg ist verpflichtet, der Firma des obigen Verbandes die Hälfte des vorschinkweisen Gehalts des betreffenden Arbeiters von 105 Fr. per Mann zurückzuerstatte, wenn die Bemühungen des Herrn Adolf Hessberg erfolglos sind.

8. Ließt Herr Hessberg nur einen Teil der bestellten Leute, so werden diese nach dem oben angegebenen Preis von 105 Fr. per Monat berechnet und der geleistete Betrag für nichtgelieferte Leute zur Hälfte retour berechnet.

9. Herr Adolf Hessberg ist es gestattet, bis zu zehn Prozent über oder unter der vereinbarten Zahl Arbeiter zu engagieren, und ist die Firma des obigen Verbandes verpflichtet, diese Leute ebenfalls zu dem festgesetzten Preis von 105 Fr. abzurunden.

10. Sobald Herr Adolf Hessberg mit den für die Firma des obigen Verbandes engagierten Arbeitern an dem Bestimmungsort derselben eingetroffen ist und dieselben obiger Firma übergeben hat, ist Herr Adolf Hessberg seinen Pflichten der Firma des obigen Verbandes gegenüber entbunden, und tritt mit dem Zeitpunkt der Übergabe der Arbeitswilligen die Fürsorge obengenannter Firma für die überbrachten Arbeiter in Kraft.

11. Bei etwaigen Streitigkeiten beider Parteien gilt als Ort der Rechtsprechung Hamburg.

Dieser Vertrag bedarf keines Kommentars. Er ist in gleicher Weise bezeichnend für die Qualität der "Ehrenmänner", die ihn abgeschlossen haben, wie für die "mützlichen Elemente", die sich auf solche Art verschachern lassen.

## Gewerkschaftliches.

Der österreichische Gewerkschaftsstreit.

Der Kongress der österreichischen Gewerkschaften, der vom 17. bis 22. Oktober in Wien tagte, hatte eine Reihe wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Er stand aber vollständig unter dem Eindruck der tschechischen Separationsversuche, die den größten Teil seiner Zeit in Anspruch nahmen. Es handelt sich in Österreich darum, ob eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation existieren soll, oder ob nach dem Willen eines Teiles der Tschechen, denen die mit großer Erfahrung geführten Kämpfe der Bourgeoisie um die nationale Vorherrschaft den Blick für die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten getrübt hat, die Gewerkschaften sich nach Nationalitäten spalten sollen. Dieser Gedanke scheint so absurd, daß man es andernorts gar nicht begreifen kann, wie über eine so selbstverständliche Sache, wie die Einheitlichkeit der Gewerkschaften, überhaupt Meinungsverschiedenheiten austreten können.

Die nationale Trennschärfte, die Wortsprachigkeit in Österreich hat ja wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Gewerkschaften noch nicht in dem wünschenswerten Maße entwickelt haben, zumal dieser Zustand die Agitation sehr erschwert. Über diese Schwierigkeiten sind überwunden worden; man durfte hoffen, daß die Gewerkschaftsbewegung jetzt einen stärkeren Aufschwung nehmen würde, da kam der tschechische Vorstoß und vereitelt nicht nur den Fortschritt, sondern bringt auch noch das bestehende in Gefahr. Wir haben unsere Leser durch Artikel aus fachkundiger Feder über das Wesen der separatischen Strömungen unterrichtet und branchen deshalb hier nicht näher darauf einzugehen. Auf dem Kongress selbst teilte der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, Hugomann aus Brüssel, in seiner Begrüßungsansprache mit, daß er auf der Reise in Prag vorgesprochen und dort den Eindruck gewonnen habe, daß man zum Frieden geneigt sei. Die Leitung der österreichischen Gewerkschaften hat aber mit den tschechischen Friedensbeteuerungen schon so

able Erfahrungen gemacht, daß sie dieser Wolschast sehr skeptisch gegenüber steht. Man hat in Wien immer auf dem Boden einer Verständigung gestanden und es im Interesse des Friedens unterlassen, auf die vielen Proklamationen von der anderen Seite in dem gleichen Tone zu antworten. Auch jetzt noch sind die Zentralorganisationen zum Frieden geneigt, allerdings nicht zu einem Frieden um jeden Preis. In diesem Sinne führte der Sekretär der Gewerkschaftskommission Hueber auf dem Kongress aus: „Heiner auf dem Kongress ist da, der den Frieden nicht will; aber einen Frieden, der möglich ist, einen Frieden, der die Schlagfertigkeit und die Kraft der Gewerkschaftsorganisation nicht unterbindet. Ein Friede, der das nicht bringt, ist unmöglich und schade um die Zeit, die wir daran wenden, um zu verhandeln.“ Im gleichen Sinne sprachen sich auch die anderen Redner auf dem Kongress aus.

Bemerkenswert ist, daß der Mehrheit des Kongresses die Konzessionen, welche die Gewerkschaftskommission den Separatisten zu machen bereit waren, noch zu weit gingen. Es wurde schließlich eine längere Resolution angenommen, in welcher es heißt:

„Der Kongress billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschickung der Einigungskommission, die von der Gesamtregierung der Sozialdemokratie in Österreich in Vorschlag gebracht wurde, gab. . . .“

Götzen diese Verhandlungen dann zu einer, die gewerkschaftlichen Willensdigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Centralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Österreich durchgeföhrt werden. Der Kongress richtete daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Centralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und in der Zukunft dem Proletariat in Österreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Österreich!“

Es wäre dringend zu wünschen, daß die nun in Aussicht stehenden Verhandlungen zu einer Verständigung führen. Die Gewerkschaften, auch in Österreich, haben notwendigere Aufgaben zu erfüllen, als sich zum Gaudium des Unternehmertums gegenseitig zu zerfleischen. Die großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit stehen noch bevor. Gerade in Österreich hätte man jetzt alle Ursache, die Kräfte zu sammeln und sie bereit zu halten zum gemeinsamen Kampf gegen den Feind. Im Geschäftsbericht der Gewerkschaftskommission wurde darauf hingewiesen, daß ein gewaltiger Zusammenschluß mit dem Unternehmerium voraussichtlich im Jahre 1913 bevorstehe, da in diesem Jahre mehr als 350 000 Arbeiter vor der Erneuerung ihres Tariffs stehen würden. Der Umstand, daß die Unternehmer einen so großen Wert auf den gleichen Abfallstermin gelegt haben, läßt vermuten, daß sie zu diesem Zeitpunkt den großen Kampf beginnen wollen. Sie werden das um so leichter wagen können, wenn ihnen die Gewerkschaften in zwei sich bekämpfenden Lagern gegenüber stehen. Hoffentlich wird ihnen die Freude verborben. Die streitenden Brüder in Österreich aber werden nicht nur der gesamten internationalen Arbeiterbewegung eine große Freude bereiten, sondern sich selbst einen ungeheure Dienst leisten, wenn sie die Streitkraft begraben und sich wiederum zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker veröffentlichte soeben den Bericht über das Geschäftsjahr 1909/1910. Die Tarifgemeinschaft umfaßte bereits am 1. April 1910 in 203 Orten 7331 Firmen mit 61 627 Gehilfen. Da seitdem noch eine weitere Ausdehnung erfolgte, gehören ihr jetzt mehr Firmen an, als bei der Buchdruckerarbeitsgenossenschaft versichert sind, ein Beweis ihrer absoluten Vorherrschaft. Die Schiedsgerichte der Tarifgemeinschaft wurden in 588 Fällen angerufen. Hierbei waren 501 Klagen von den Gehilfen, 87 von den Arbeitgebern anhängig gemacht. Die Gehilfen erhielten in 226, die Prinzipale in 54 ihrer Klagen Recht. In einigen Fällen kam eine Einigung zustande. Das Tarifamt hatte in 60 Fällen als Berufungsinstanz zu entscheiden. Von einem erfreulichen Verständnis des Tarifgedankens spricht die Tatsache, daß die Zahl aller Klagen gegen das Vorjahr um 23,4 Proz. zurückgegangen ist. Wegen Vergehen gegen die Tarifgemeinschaft wurden 4 Gehilfen und 58 Firmen ausgeschlossen, was für die letzteren den Entzug organisierter Gehilfen bedeutet. Das Tarifamt konstatiert, daß die Verpflichtung zu gegenseitiger Tariftreue von beiden Parteien gehalten worden sei und erwähnt diese, anlässlich des mit Dezember 1911 erfolgenden Abschlusses der jetzigen Tarifgemeinschaft den Wert einer ruhigen Fortentwicklung des Tarifgedankens nicht zu unterschätzen. Die Kündigung des feinerzeit auf fünf Jahre abgeschlossenen Buchdruckertarifs müßte am 30. Juni 1911 erfolgen.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**Streitnachspiele.** Vor dem Schöffengericht in Halle an der Saale hatten sich zwei Streitkinder zu verantworten, die bei dem Streit in der Waggonfabrik von Gottsche-Lindner in Almendorf einige Arbeitswillige beleidigt und bedroht haben sollen. Als erster Angeklagter fungierte der Kollege Ernst W., der die Tischler Pfeiffer und Hahne, ersterer aus Hamburg und letzterer von Blausteinburg a. S. gekommen, beleidigt und bedroht haben soll. Pfeiffer konnte nicht als Zeuge vernommen werden, da er dem Elbcorso der Firma Lindner bereits wieder den Rücken gekehrt und nach Hamburg zurückgedampft ist. Trotzdem die Aussagen des zweiten Zeugen Tischler Hahne aus Blausteinburg sehr unklar und verworren waren, erhielt unser Kollege eine Gefängnisstrafe von fünf

Tagen. Im zweiten Falle war der Kollege Reinhold R. angeklagt, die Arbeitswilligen Tischler Edwin Möller, Stellmacher Hermann Voß und Stellmacher Karl Stüber (die ersten beiden aus Wismar) durch den Ausdruck: „Schämt Ihr Euch nicht, nach hier zu kommen, mit den Streitbrecher zu machen“ und „Wenn Ihr dieses tut, seid Ihr nicht mehr unter die Menschen zu rechnen“ beleidigt zu haben. Das Gericht kam aber zur Freiprechung des Angeklagten, da die beleidigenden Worte nicht durch Burur erfolgt, sondern im Gespräch mit den Arbeitswilligen gefallen sind. Die „beleidigten“ Arbeitswilligen, insbesondere der Tischler Möller, der weder vom „roten“ noch vom „schwarzen“ Werbende etwas wissen will, wie er vor Gericht erklärt, verließen ob des Freispruches recht verbürt den Gerichtssaal. Die Kollegen mögen sich jedoch die Namen dieser Herren merken, damit sie wissen, was sie von ihnen zu halten haben. — Nachträglich wird uns mitgeteilt, daß gegen den Freispruch in der leitervöhnschen Sache seitens der Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet ist.

## Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße, bezogen werden.

Im Verlag von J. G. W. Die Nachfrage in Stuttgart ist soeben erschienen: Ist die Welt bewohnt? Eine Darstellung der Frage nach der Bewohnbarkeit anderer Weltkörper auf Grund unseres jetzigen Wissens von der Natur derselben und vom Leben. Von Felix Linke. — Neuntes Bändchen der Kleinen Bibliothek, 108 S. Illustriert. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 M.

Vereinsausgabe broschiert 50 Pfennig. Die Vereins- und Versammlungspolizei in Preußen, von Amtssekretär a. D. Emil Müller. Halle a. S. Schlesisch 210. Selbstverlag. Preis 4 M. und 85 Pf. Porto. Das Buch enthält das Reichsverordnungsgesetz nebst den preußischen Ausführungsbestimmungen und praktische Erläuterungen. Es behandelt den Erwerb und Verlust der Rechtsfähigkeit, die Stempel- und Ausbauteile der Vereine usw. Die Erläuterungen und Vorschläge, die das Buch gibt, sind in leicht verständlicher Sprache geschrieben. Der Umstand, daß es alles zusammenfaßt, was der Vereinsleiter wissen muß, um den mancherlei Fährlöschen zu entgehen, die aus der Unkenntnis der verschiedenenartigen gesetzlichen Bestimmungen resultieren, machen das Buch zu einem recht nützlichen Nachschlagewerk.

## Eingesandt.

### Zur Branchenkonferenz der Bergwerker.

Betrübt wird mancher Kollege den Kopf schützen, wenn er die wegen der Frage der Branchenkonferenz entbrannte leidenschaftliche Polemik in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verfolgt. Richtig ist, daß nach dem im Jahre 1908 erfolgten Übertritt zum Holzarbeiterverband die Fühlung unter den Kollegen zum größten Teil verloren gegangen ist. Es läßt sich dies aber darauf zurückführen, daß die Mehrzahl der alten Funktionäre des Bergwerkerverbandes damals ihre Amtswürde niedergelegt. Einerseits das Fehlen unseres Korrespondenzblattes, andererseits aber der Glaube der „neuen Herren“, es im Holzarbeiterverbande nun nicht mehr so nötig zu haben, regelmäßige Berichte an die Centralkommission zu senden, wie sie früher mit den Abrechnungen nach Berlin geschickt wurden, trägt hauptsächlich die Schuld an der lebhaften Unzufriedenheit unserer Kollegen. Ohne regelmäßige, peinlich genaue und erschöpfende Berichterstattung über alle Vorgänge in den Filialen ist es natürlich der Centralkommission nicht möglich, eine Übersicht über die Branchenverhältnisse in Deutschland zu gewinnen und dementsprechend Situationsberichte zu veröffentlichen. Daraus würde auch eine Branchenkonferenz nichts ändern. Es ist bezeichnend, daß sogar Berichte von ernsten Differenzen gar nicht oder aber sehr verspätet der Centralkommission eingesandt wurden. So entstanden z. B. im November 1909 in Stendal Differenzen. Die Centralkommission bekam den Bericht darüber aber erst etwa drei Viertel Jahr später. Sehr eifrig hat der Bevollmächtigte in Stendal, S. S., in mehreren Eingesandts für eine Branchenkonferenz agitiert. In Anbetracht des Vorstehenden muß man es aber als demagogisch bezeichnen, wenn gerade dieser Kollege in Nr. 34 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gegen Späthe mit Aussichten, wie „nichtige Beweisführung“, „Überprüfung von Säumigen, die ihrer Berichterstattungspflicht nicht genügen“ usw., polemisiert. Aus der Kenntnis dieser Dinge entstand auch der Artikel des Kollegen Ihslau, der so viel Empörung unter den Kollegen hervorrief. Kollege Ihslau hatte nicht die Absicht, mit seinem wohl etwas zu allgemein gehaltenen Artikel zu verleben.

Eine Branchenkonferenz halte auch ich für notwendig, sie scheint mir aber heuer, wie Neu-Ulm verlangt, noch verfrüht. In diesem Jahre, kurz nach der Krise, setzte ja überall, ganz besonders aber in Berlin, eine lebhafte Bewegung unter den Kollegen ein. Die Organisation nahm in Berlin, wohl größtenteils infolge der veränderten Taktik, einen starken Aufschwung. Die Organisationszahl ist hier so hoch wie nie zuvor. Es ist uns infolgedessen jetzt im Herbst gelungen, sehr erhebliche Erfolge ohne große Kämpfe zu erringen. Da nun anerkannterweise Berlin für unsere Branche ausschlaggebend ist, so ist es meines Erachtens angebracht, die Wirkung unserer neuen Errungenschaft (Arbeitsnachweis, Tarifvorlage usw.) abzuwarten, um unsere Erfahrungen auf der Branchenkonferenz zu verwerten. Ich würde als allerfrühesten Zeitpunkt für eine Branchenkonferenz Ostern 1911 vorschlagen. Zur Tagesordnung lege ich besonderen Wert auf die Fragen 1. Allgemeine Tarifregelung unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse; 2. Schaffung eines Central-Arbeitsnachweises; 3. Regelung der Lehrlingsfrage und der der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterrinnen; 4. Hygienische Verhältnisse. Die Regelung der Bäckermästerfrage steht eine sehr genaue Kenntnis dieser Materie voraus und ist, den Umständen entsprechend, Gache der Filialen Berlin und Hamburg. Ich möchte gleich hier bemerken, daß eine Branchenkonferenz, dem Gebrauch des Hauptvorstandes entsprechend, am Ende desselben, also in

Berlin, stattfindet. Es ist das der immerhin bedeutenden Kosten wegen auch vorteilhafter. Wenn nun eine Branchenkonferenz die Zustimmung des Vorstandes finden soll, ist es vor allen Dingen notwendig, daß sich alle Filialen mit dieser Frage beschäftigen und die Resultate an die Centralkommission einsenden. 13 Filialen für 6 Filialen gegen Abhaltung einer Konferenz ist das bis jetzt eingegangene Resultat, trotzdem wir 30 Filialen haben, in denen sich Leistungsfähigen befinden. Dieses Resultat ist außerordentlich und bezeichnend für das Brancheninteresse der in den fehlenden Orten beschäftigten Kollegen. Die Centralkommission wird ja nur das Weiterle veranlassen, aber die Kollegen im gleichen werden wohl jetzt auch verstehen, warum die Centralkommission noch keinen Bericht geben könnte und weitere ungerechtfertigte Angriffe gegen dieselbe unterlassen. Die Aufgabe aller unserer Kollegen wird es jetzt sein, recht eifrig zu agitieren und zu organisieren. Nur bei nahezu geschlossener Verbandszugehörigkeit unserer Kollegen ist es möglich, die eventuellen Beschlüsse einer Branchenkonferenz durchzuführen.

Berlin.

Georg Westphal.

### Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg).

**Ginnahme im Oktober:** Ueberschuf sandten ein: Berlin F. Niedorf je 1000,—, Ehingen 900,—, Lichtenberg 800,—, Charlottenburg, Karlsruhe je 600,— Freiburg i. B. 500,—, Steglitz 450,—, Bamberg, Berlin A, Berlin D, St. Pauli, Wilmersdorf, Wilmarsdorf je 400,— Tauberbischofsheim 370,—, Aschaffenburg, Heilbronn, Schwäbisch Gmünd je 350,—, Altona, Bahrenfeld, Köln II, Gießen, Vallendar, Würzburg II je 300,—, Neuschönfeld, Novomes, Rathenow, Untergrüne je 250,—, Lörrach 225,—, Aachen, Adlershof, Augsburg, Wahenthal, Bitzfeld, Erdmannsdorf, Dresden-Neustadt, Duisburg, Ehrenfeld, Emmendingen, Erlangen, Ellingen, Gevelsberg, Grünwettersbach, Hamburg II, Hamburg IV, Hanau, Hemmoor, Hermsdorf, Hohengeorgenstadt, Johannisthal, Kaiserlautern, Liegnitz, Wetzlar, M. Gladbach, Neuhofen, Neuwied, Peißenberg, Bieschen, Matingen, Weidenbach, Schleusingen, Schweinfurt, Striegau, Ulm, Wilsdruff, Zeitz je 200,— Waldheim 185,—, Schw.-Hall, Beulendorf je 180,—, Altenstadt, Baumholderweg, Bergkamen, Bonn, Bruchsal, Bunsau, Camburg, Cöthen, Crefeld, Düsseldorf, Ebersbach, Elberfeld, Frankfurt a. O., Friedrichsfelde, Görlitz, Gotha, Grethen, Haan, Herdecke, Hussenhausen, Kleinheubach, Lüderdorf, Langendiebach, Leipzig I, Lindenhal, Lorch, Loschwitz, Magdeburg, Mölln, Oppau, Osendorf, Pinneberg, Niedersader, Nathendorf, Niefa, Mintheim, Rosenheim, Schwarza, Schweinfurt, Schwerin, Segeberg, Spandau, Taucha, Urach, Verden, Wehlheiden, Wilsdorf, Biegenhausen je 150,—, Arnstadt, Niemehna, Ueterseh je 120,—, Wintersdorf 114,—, Bergedorf, Bohenheim, Bödingen, Böhlitz-Ehrenberg, Brehenheim, Brühl, Brunsbüttel, Bübenheim, Budau, Detmold, Düsseldorf, Döbeln, Eilenburg, Emmerich, Ennepetal, Ehingen, Finthen, Gera, Goldlauter, Gräfenhain, Gröningen, Hemelingen, Hermülheim, Hildesheim, Hittendorf, Höhen-Schönhäusen, Jägerlohn, Koethen, Kreischa, Mariendorf, Memmingen, Neulustheim, Neue Neustadt, Ndr.-Erkelenbach, Oldenburg, Pforzheim, Plauen i. B., Pöhlne, Potschappel, Quittelsdorf, Rastatt, Reinhardtsdorf, Rorheim, Rudolstadt, Schaala, Schöneberg, Schwerte, Stade, Stendal, Viegenhof, Trotha, Weilburg, Welschneureuth, Westeling, Werder je 100,—, Michelsboden, Wiedenbrück, Ohrdruf, Passau je 80,—, Everswalde, Mödern, Priwall, Rothendorf, Wittenfels, Wolfenbüttel je 75,—, Schederhausen, Langewiesen je 70,—, Aalen 68,93, Apolda, Dörnberg, Lambrecht je 60,—, Achim, Borsdorf, Fellbach, Lettin, Mühlhausen, Neuenburg, Oberkirch, Roda, Strehlen je 50,—, Freiburg i. Br. 44,50, Kaltennordheim, Minkwitz je 40,—, Ohlau 4,50 M.

Summe der Ueberschüsse . . . . .	88 146,98 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . . .	2 757,20 "
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern . . . . .	10,60 "
Zinss von Kapitalien . . . . .	450,— "
Constige Einnahmen . . . . .	150,50 "
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>88 515,28 M.</b>

<b>Ueberschüsse im Oktober:</b> Ueberschuf erhielten:	
Offenbach 1000,—, Berlin E, Köln I, Halle, Stettin je 400,—, Worms 300,—, Würsheim (Mühl.) 250,—, Brandenburg, Frankfurt (Oder), Gelsenkirchen, Mainz, Mühlheim (Main), München III, Nied je 200,—, Aue, Teuben, Kriesel, Neu-Jerschen, Seckenheim, Wiersen je 150,—, Wunstorf 120,—, Uslbach 110,—, Bensheim, Baden-Baden, Büdingen, Cannstatt, Driesen, Elmstein, Elvershöfen, Fessenich, Mülhingen, Rüdigheim, Sangerhausen, Gossenheim je 100,—, Hagen 80,—, Kaisla, Weißlar je 60,—, Birnbürg, Eisenach, Garleshausen, Launshausen, Lippoldshausen, Segeberg je 50,— M.	88 146,98 M.
Summe der Ueberschüsse . . . . .	7 880,— M.
Krankengeld an Einzelmitgliedern . . . . .	2 815,80 "
Sterbegeld . . . . .	198,— "
Constige Ausgaben . . . . .	10 582,77 "
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>20 976,57 M.</b>
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>38 515,28 M.</b>
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>20 976,57 M.</b>
Zunahme des Vermögens	17 538,66 M.
M. Sud. Hauptkassier.	

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Verfassgenossen

(E. S. 8, Hamburg.)

**Zum Oktober** sandten Ueberschüsse ein: Berlin A. 500 M., Bergedorf 400 M., Berlin D. 300 M., Breslau 200 M., Braunschweig 150 M., Troisdorf 150 M., Hanover 111 100 M., Schwerin 100 M., Hanover 100 M., Freiburg 100 M., Harburg 50 M., Wolpe 50 M. Summa 2200 M.

Ueberschuf erhielten: Berlin B. 800 M., Offenbach 130 M., Hamburg IV 60 M. Summa 180 M. **Zum Maximum, Hamburg 10.**

**Versammlungs-Anzeiger.**

Eisenberg, Sonnabend, den 12. November, abends 7 Uhr, bei Motto.

Treuen, Regt. Der Arbeitsschutz befindet sich bei Stadt Treuenbrietzen, Wohlstr. 23. Umstauen strengstens verboten.

**Anzeigen.**

Hamburg. Der partielle Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und besteht sich Hamburg, Obermainstrasse 41, für den geschäftlichen Berufe gesetzlich von vorne bis 1. Uhr, Telefon Gruppe 117, 1420 und Gruppe 1, 0710.

Das Wirtschaften im Nahfleischausbau Hamburg, Wittenberge und Schleswig-Holstein verboten. Die Einstellung der Vertragsbranchen darf nur durch den partiellen Arbeitsnachweis erfolgen.

Ulfköt. Der partielle Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Ulfköt befindet sich Hirschstr. 28 und ist gesetzlich vorläufig abends von 6½ Uhr an. Die gesetzliche Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umstauen ist streng verboten.

Der Arbeitsnachweis für die Meubelfabrik zu Ulfköt, Unterstraße 103, ist gesperrt.

Paris. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Paris sieht sich veranlaßt, folgende Anfragen zu geben: Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß um überhaupt arbeiten zu können, so kommt seiner gleicher, ohne daß sie Vorlage gebracht zu haben.

Da seinerseits mit Arbeitssuchenden immer überlaufen ist, kann den reisefähigen Kollegen dringend angeraten werden, sich genügend mit Geldmitteln zu versorgen, um einige Zeit auszuhalten zu können, um nicht durch Hunger und Elend gezwungen zu sein, als Vornahmener sich gebrauchen zu lassen, wie dies leider nur zu oft der Fall ist.

Dadurch ist um so dringender zu beachten, als auf Kürzung seitens der Gewerkschaft nicht oder so gut wie nicht zu rechnen ist und das Leben relativ schwer ist. Deshalb sollte von allen nach hier kommenden Kollegen erwartet werden, daß sie sich an die der französischen Gewerkschaft der Tischler angeschlossene deutsche Sektion halten und ihre Würde und Ehre als gewerkschaftlich erwogene Arbeiter stets hochhalten.

Wir warnen alle Kollegen vor etwaigen in ausländischen Siedlungen erscheinenden Annoncen, in denen Möbelstichler geführt werden.

Im Auftrage der Pariser Gewerkschaft der Tischler:

Die deutsche Sektion  
Rue St. Bernhard No. 2, Faubourg St. Antoine, Ecke  
rue St. Bernhard nicht mehr Chambre Syndicale,  
Passage Rauch N. 3.

Gretz, Recht. Kollegen, die gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden gebeten, erst Erkundigungen bei der Postalverwaltung einzuziehen und nicht direktlich bei den betreffenden Firmen anzufragen oder auf Interesse heraufzuführen.

Bentenroda. Arbeitsnachweis Hohenstraße 59.  
Umstauen strengstens verboten.

**Vinzenz Weiss,** sende deine Adresse  
an deinen Bruder Franz  
Güter, Tischler, Bassau, Apfelstrasse 2.

**Richard Bayer** sende Deine Adresse an Bruno  
Güter, Tischler, Friederichstr. 17.

**Hans Markt**, sende deine Adresse  
bei der Regelung der Belegsangsgeschäfte in Göte  
Waisen an den Unterzeichner einzuenden, Anton  
Raith, Gaudioscheuer, München, Hindenburgstr. 40 I.

Erfahrener, praktischer Tischler als Stütze  
des Meisters evtl. als angehender Werk-  
führer gesucht zu sofortigem Eintritt.

Teilnehmer müssen im Fischneiden und mit  
Maschinen vertraut sein. Ausführliche  
Offeraten mit Anhänger erbitten.

**W. Hansen**  
Tischler Möbelfabrik, Crivitz i. Meckl.  
2 tüchtige Tischler auf polierte Auszieh-  
Tische gesucht. Weber, Weidenau-Siegen  
Oberer Friedrichstr. 25.

Auf bessere Möbel gut eingearbeitete  
Stuhlbauer sucht

**W. Lange**, Stuhlfabrik  
Springe, Hannover.

**Stuhlmacher** und **Tischler** gesucht.  
Dauernde Beschäftigung. Verheirateter be-  
vorzugt. Gebr. Jacobson  
Nordhastedt i. Holst.

Ein tüchtiger Beizer und einige Tischler  
finden dauernde und lohnende Beschäftigung  
**Möbelfabrik Trebsen**  
Bez. Leipzig, Station Hertha-Trebsen.

**10 Stuhlpolierer**

auf bessere Stühle stellen sofort ein  
**Bieneumühle Holzwerke**  
Sauerzapf & Co.  
Bieneumühle, Bezirk Dresden.

**Tüchtige Drechsler**  
am liebsten aus der Stochbranche, möglichst  
verheiratet, sowie

eine tüchtige Stochpolierer,  
welche auch instande sind, andere anlernen  
zu können, auf sofort oder später bei gutem  
Bodenlohn oder hohen Altersdönen sucht  
Frieder. Ende, Stochfabr. Küste i. Waldeif.

Tüchtiger Döbner, der das Döbnerien  
auf den neuesten Maschinen gut versteht,  
findet dauernde Beschäftigung in der  
**Kunststofffabrik Ettingen** b. Basel.

Tüchtigen Stockpolierer, welcher auch in  
feilen und schleifen perfekt ist, sucht sofort  
bei hohem Lohn.

**G. Adolph Richter, Stochfabrik**

**Magdeburg.**  
Korbmacherschiffen sucht sofort bei  
hohem Lohn und dauernder Stellung

**Ernst Börner, Thüm i. Erzgebirge.**

Korbmacher auf dichte und runde Gefecht-  
werke sucht **Ernst Schäfer, Ingolstadt.**

50 Korbmacher gesucht.

Metallgeld wird nach 6 Wochen vergütet.  
Zu melden bei

**Otto Grosse, Korbwarenfabrik**

**Niederbergheim i. Westf.**

8 tüchtige unsichtbare Korbmacher auf grün  
Gumm und Geschlagen für sofort gesucht.

**Paul Winkler, Herford i. Westf.**

Suche auf sofort einen tüchtigen Gestell-  
arbeiter auf Malten und Pflanzschädel bei  
dauernder Stellung. Erfahrung ist selbst-  
ständiges Arbeiten in Webdigroßhersteller.

**Herrn. Heinrich, Korbmachermeister**

**Grouau i. Hamm.**

Einige tüchtige

**Ringpinselmischer**

sucht auf dauernde Beschäftigung. (Meise-  
Vergütung.) **J. G. Roth, Pinselfabrik**

**Ravensburg.**

**Werkführer für Holzschränke.**

Neu zu errichtende Schrankfabrik in  
Berlin, welche als Spezialität bessere Holz-  
schränke fabrizieren will, sucht bei einem  
Ansangsgehalt von ca. 2700—3000 M.  
intelligenten Werkführer, welcher durch Zeug-  
nisse beweisen kann, daß er im Entwerfen  
von Neuheiten vorzügliches leisten kann.

Offerten sub. Chiffre A. V. 232 an die  
Expedition dieser Zeitung.

**Schreinergesuch.**

Für ein feineres best eingeführtes Geschäft  
der Holzwarenhande wird ein tüchtiger  
Schreiner, der in der Lage ist, einen Betrieb  
selbstständig zu leiten, als

**Teilhaber**

mit einigen 1000 Mark gesucht. Waggon-  
aufträge fortwährend vorhanden. Ebenso  
sollte ein geschickter Massenartikel, der selbst  
gemacht wird und welcher 70 bis 100 Proz.  
Dienst bringt, eingeführt werden.

Gefl. Offerten mit Angabe des Alters u.  
der Varmittel unter A. V. 231 an die  
Expedition dieses Blattes.

**Drechsler!**

1 PS Benzimotor (vorm. Güte), Ventilsteuer,  
Magnetzünd., wie neu, 2 Raum, sämtl. Werkzg.  
s. v. v. noch i. Vertr., auch einzeln abzugs-  
bar. Vermittl. verb. Off. int. A. B. 233 a. Exp. d. A.

**Almanach** für das Jahr 1911

Calchenkalender für die Verwaltungen  
und Mitglieder des Verbandes

Der Verkauf des neuen Almanach  
hat bereits begonnen.

Unter Hinweis auf unsere früheren An-  
zeigen betreffend den neuen Inhalt und  
auf die von Jahr zu Jahr sich steigernde  
Beliebtheit, deren der Almanach sich in  
den Kreisen der Verbandsmitglieder er-  
freut, erläutern wir die Zahlstellenverwal-  
tungen, die mit ihrer Bestellung noch im  
Rückstand sind, die sie nun mehr un-  
gehend einzufinden.

Preis für Verbandsmitglieder  
wie früher 50 Pf. pro Exemplar  
(bei Einzellieferung 60 Pf.).

Verlagsanstalt  
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

**Paul Horn, Politur- u.  
Lackfabrik**

Nach  
meinem  
durch

versfahren werden die Poren des Holzes beim Polleren mit spritfähigem Pollerpulver

(Lackstofspulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

**ein sofortige Porenfüllung**

man erspart Material, Zeit, Arbeit,

erzielt ::::

vermeldet

Bei Polleren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunsthars, sondern reine unver-  
fälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren

spritfähiges Pulver (Lackstofspulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem

Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch** ein Körbchen enthaltend

1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Gründpolleren

1 " Neutral-Schellack-Politur-Extrakt zum Mittel- und Feinpinnen

1 " Patent-Politur zum Reinpolleren

1 " allerfeinsten Politur-Olanzslack, blond, zum Ausziehen von Kehlenstein usw.

1 " allerfeinsten Kristall-Olanzslack, blond (Stuhllack, Drechsler, Bildhauerlack)

1 " Schleif- und Polleröl, gelblich

1 " Porenfüllpulver, feinst Marke "Horno"

1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"

1 " Blimstein-Polierzucker, hellblau

1 " Inkrustrationstik (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen

1 " zum Ausnahmepreis von 8 MARK-franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspollen à 8 MARK.

**Mein Lehrbuch** über das Beizen, Mattieren, Polleren, Lackieren, Schleifen des

Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche aus-

geführt. 40 farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und

glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Krünn, Prof.

Ch. Herm. Walde-Warnbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München,

Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.

Interessant, unterhaltsend, lehrhaft für alle Männer der Werk-

statt, behandelt die Konstruktion, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete

der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern à 3 Mark.

**Der praktische Modelltschler.**

Handbuch zur Herstellung von Modellen und

Skulpturen für Eisen- und Stahlguß.

Enthält Anleitung zum Modellieren von Löwen, Löwenköpfen, Dampfzügen, Schalenlöwen von Rahmenwalzen, Dampfzügen, Schalenlöwen von Rahmenwalzen, Dampfzügen, Schalenlöwen von Rahmenwalzen, sowie Tabellen über Länge und Höhenverhältnis von Modell und Skulptur miteinander.

Zu beziehen durch Hof. Schüttel, Stöhl-Stoff, Ritterstrasse 22/24, 1 Stück 1.00 (auch in Briefmarken) oder v. Nachtmühle 1.80 Mrd., 2 Stück 1.40 Mrd.

In vollwertigen

**einfaenger**

und klarer Weise lehren die Selbst-

unterrichtswerke System Karnack-

Hochfeld: **Zimmermeister, Holz-**

**bildhauer, Künstl. und Möbel-**

**tschler, Baumeister, das an den**

**betr. Fachschulen gelehrt Wissen,**

**dessen man zur Erlangung höherer**

**Stellen resp. zur Ablogung einer**

**Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge.**

**Anerkennungen und Ansichtsend-**

**berichtigung ist freiwillig.**

**Bonness & Hochfeld, Potsdam W. 10.**

**Gußtungs-Marken und**